



STADT VELBERT

Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2024

Reden der Vorsitzenden der Fraktionen
anlässlich der Verabschiedung des
Haushaltsplanentwurfes 2024
im Rat der Stadt Velbert am 23. April 2024

Inhaltsverzeichnis:	<u>Seite</u>
Nico Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion	3
Andreas Kanschat, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	8
Rainer Hübinger, Vorsitzender der SPD-Fraktion	13
Dirk aus dem Siepen, Vorsitzender der UVB-Fraktion	18
August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion Velbert anders	20
Uwe Matysik, Vorsitzender der AfD-Fraktion	22
Thorsten Hilgers, Vorsitzender der FDP-Fraktion	27
Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE	32
Martin Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Die Piraten	35
Cem Demircan, Vorsitzender der Fraktion Velbert Gemeinsam	37

Hinweise:

- Für die Texte und den Inhalt der Reden sind die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden verantwortlich.
- Es gilt das gesprochene Wort.

Impressum:

www.velbert.de

Nico Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit der heutigen Beschlussfassung über den Haushalt 2024 schließen wir einen mehrmonatigen Prozess des Abwägens, der Diskussion und der Entscheidungsfindung ab.

Die aktuelle Lage unserer Stadt ist, getrieben durch die finanziellen und personellen Herausforderungen im Bereich der Kriege in der Ukraine und in Israel, die angespannte wirtschaftliche Lage und die Situation der derzeit hohen Steigerungen im Bereich der Migration, zunehmend angespannt.

Die mit dem Haushalt verbundenen Maßnahmen, die für unsere Bürgerinnen und Bürger und die örtliche Wirtschaft zu Mehrbelastungen führen werden, fallen uns daher nicht leicht, sind aber in großen Teilen Rahmenbedingungen geschuldet, die wir nur marginal beeinflussen können.

Ich bin insofern dankbar, dass wir mit den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Velbert Anders und UVB verlässliche Partner haben, die gemeinsam mit uns die Ärmel hochkrempeln und in diesen schwierigen Zeiten Verantwortung für unsere Stadt übernehmen.

An dieser Stelle sei mir erlaubt darauf hinzuweisen, dass eine so partnerschaftliche, verlässliche und kompromissbereite Zusammenarbeit unterschiedlichster Fraktionen, auch mit Blick auf unsere aktuelle Bundesregierung, alles andere als selbstverständlich erscheint.

Meine Fraktion und ich sind insofern froh, dass wir gemeinsam mit den genannten Fraktionen einen sachorientierten Konsens erreichen konnten, der ganz ohne persönliche Animositäten herbeigeführt wurde.

Wir danken an dieser Stelle auch den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, rund um unseren Bürgermeister Dirk Lukrafka für die positive, zielgerichtete und professionelle Zusammenarbeit.

Ich persönlich möchte mich an dieser Stelle auch bei meiner eigenen Fraktion für das stete Vertrauen und die intensiven aber stets konstruktiven Beratungen der vergangenen Wochen bedanken!

Zu unseren Vorstellungen für den Haushalt 2024 und die Zukunft unserer Stadt äußern wir uns in **8** Punkten wie folgt:

1. Förderung des Bürgerschaftliches Engagements und keine Erhöhung von Gebühren

Meine Damen und Herren,
das ehrenamtliche Engagement von unzähligen Bürgerinnen und Bürgern macht Velbert zu unserer Heimat. In den Vereinen, im Bereich des Sports, der Kultur und des Brauchtums gibt es unzählige engagierte Menschen, die viele Stunden investieren, um unsere Stadtgesellschaft positiv zu beeinflussen.
Ihnen allen gilt unser großer Dank.

Für uns ist die aktive Förderung des Ehrenamts und der vielen Vereine nicht nur eine politische Floskel, sondern Auftrag und Verantwortung.

Deshalb haben wir uns trotz der angespannten Haushaltslage dazu entschlossen keine Gebühren in den genannten Bereichen zu erhöhen und bestehende Förderungen beizubehalten.

Stattdessen nehmen wir in Zukunft weitere 50.000€ pro Jahr in die Hand, um diese ehrenamtlichen Vereine bei der Nutzung unserer städtischen Veranstaltungshäuser zu unterstützen und damit das gesellschaftliche Leben und Zusammensein in unserer Heimat Velbert zu stärken.

2. Förderung der freiwilligen Feuerwehr

Ein besonderes Augenmerk unserer Fraktion lag schon immer auf der Gefahrenabwehr in unserer Stadt.

Gerade wenn es brennt oder ein medizinischer Notfall vorliegt ist schnelle und professionelle Hilfe ein wichtiges Gut.

In den letzten Monaten haben wir deshalb häufig und lang über unsere Feuerwehr und die notwendigen Investitionen zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit, insbesondere im Bereich der Schutzzieleerreichung in Langenberg und Neviges gesprochen.

Die geplanten Investitionen für Haupt- und Ehrenamt wurden bereits angestoßen und die Verwaltung hat diese in ihrem Haushaltsvorschlag abgebildet.

Zu einer starken und leistungsfähigen Feuerwehr gehört in besonderem Maße auch unsere freiwillige Feuerwehr mit den ehrenamtlichen Löschzügen in Mitte, Langenberg, Neviges und auf Tönisheide.

Dieses Engagement werden wir, außerhalb der bereits geplanten Maßnahmen noch einmal gesondert fördern und haben deshalb 20.000€ zur Förderung und Aktivierung der freiwilligen Feuerwehr im Haushalt vorgesehen.

Ziel ist es diesen Betrag zu verstetigen, um auch zukünftig eine bestmögliche Gefahrenabwehr in Velbert zu realisieren, die von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräften Hand in Hand sichergestellt wird.

3. Das Sicherheitsgefühl in Velbert muss sich erhöhen

Es gibt in Velbert nach wie vor Bereiche in denen sich Bürgerinnen und Bürger, trotz rückläufiger Zahlen in der Kriminalstatistik, unwohl fühlen.

Wir wünschen uns eine stärkere Präsenz des Ordnungsamtes, gerade an den neuralgischen Punkten am ZOB und in der unteren Friedrichstraße. Aus unserer Sicht braucht es dafür auch eine dauerhafte Präsenz, insbesondere in der unteren Friedrichstraße.

Deshalb unterstützen wir den immer wieder diskutierten Vorschlag, das ehemalige Bürgermeisterhaus für einen Standort des Ordnungsamtes zu nutzen und fordern die Verwaltung auf, hierzu konkrete Planungen anzustoßen.

Durch die Schaffung eines eigenen Dezernates für Sicherheit, Ordnung und Wirtschaftsförderung und eine engere Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei erhoffen wir uns zudem eine Hebung der vorhandenen Potentiale, insbesondere im Bereich der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten und einer Stärkung der öffentlichen Sauberkeit.

Velbert hat im Vergleich zu anderen Städten in vergleichbarer Größenordnung ein personell gut ausgestattetes Ordnungsamt. Nun gilt es, diese PS auf die Straße zu bringen.

4. Steuererhöhungen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
es liegt in unserer kommunalen Hand zukünftige Generationen nicht durch Schulden zu überlasten. Wir möchten einen ausgeglichenen Haushalt, der perspektivisch die bereits vorhandenen Schulden abbaut.

In den vergangenen Jahren konnten wir durch die Hebung weiterer Einnahmepotentiale und zahlreichen Einsparungen innerhalb der Verwaltung, Anpassungen im Bereich der Grund- und Gewerbesteuer vermieden.

Nun werden wir in diesem Jahr einer maßvollen Erhöhung beider Hebesätze zustimmen müssen.

Wir haben uns diese Entscheidung alles andere als leicht gemacht, denn auch wir nehmen die steigenden Belastungen in vielen Lebensbereichen wahr.

Zur Wahrheit gehört jedoch auch:

Wesentlicher Treiber für die starken Steigerungen der Kosten für die Stadt Velbert liegen in der Verantwortung der Bundesregierung.

Durch die Ablehnung einer Lösung zu kommunalen Altschulden, der stetigen Verlagerung von Aufgaben auf Kosten der Kommunen und die fehlende Konsequenz in der Migrationspolitik nimmt die Bundesregierung unter Führung von Olaf Scholz den Städten und Gemeinden in unserem Land die Luft zum Atmen.

Wir möchten an dieser Stelle an die örtlichen Abgeordneten, insbesondere an die der Regierungskoalition appellieren, echte Lösungen zu diesen drängenden Fragen endlich umzusetzen.

5. Gewerbe stärken

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere örtliche Wirtschaft braucht eine echte Perspektive:

Nachdem wir bei den letzten Haushaltsberatungen schon weitere Stellen für die Wirtschaftsförderung schaffen konnten, müssen wir jetzt den Fokus auf zusätzliche Flächen zur Entwicklung von Gewerbe legen.

Im Rahmen der Attraktivität von Gewerbeflächen wird zudem das Thema Nachhaltigkeit und Klimaneutralität eine zunehmende Rolle spielen.

Ich möchte daher bereits an dieser Stelle ankündigen, dass wir selbstverständlich die weitere Entwicklung des geplanten Gewerbegebietes an der Langenberger Straße unterstützen werden.

Wir werden zudem zeitnah einen Antrag einbringen, der die Verwaltung und die städtischen Töchter beauftragt eine möglichst CO2 neutrale Infrastruktur für das geplante Gewerbegebiet zu ermöglichen.

So werden wir in diesem Bereich mit einem Wettbewerbsvorteil bei reduzierter Belastung der Umwelt unsere örtlichen Unternehmen fördern können.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit dieser Idee auch weitere Fraktionen im Rat davon überzeugen können, dass wir auf dieser Fläche den Spagat zwischen Neuversiegelung und Klimaschutz meistern können.

6. Kitabeiträge

Ein kontrovers diskutiertes Thema der vergangenen Wochen war die geplante Wiedereinführung der Kitagebühren.

Selbstverständlich sind uns als CDU Familien wichtig und auch wir würden uns wünschen, dass wir Kitagebühren für alle Bürgerinnen und Bürger freistellen könnten.

Dazu fehlen uns als Stadt Velbert aber schlicht die finanziellen Mittel.

Der rot-links getriebene Vorstoß im Jahr 2021 war nur auf Basis eines Schattenhaushalts und der Aufnahme von Schulden finanzierbar.

Wir stehen für eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik, die in diesem Fall leider auch dazu führt, dass wir wieder Gebühren einführen müssen.

Aber: Wir hören unseren Bürgerinnen und Bürger zu:

Nach zahlreichen Gesprächen mit Betroffenen, dem Stadtjugendamtseleiternbeirat und der Verwaltungsführung schlagen wir dazu heute einen Kompromiss vor, der zumindest einen großen Teil der Kritik und der Sorgen lösen wird, die an uns herangetragen wurden.

Die Einführung der Kitagebühren werden wir erst im August 2025 vollziehen, sodass die Eltern die vor kurzem Betreuungsverträge unterzeichnet haben, eine Stundenreduzierung erwirken können und Planungssicherheit gewinnen.

Die Bemessung für das maßgebliche Einkommen, werden wir zudem in Zukunft auf Basis des zu versteuernden Einkommens vornehmen, sodass zum einen etwaige Sonderbelastungen in Familien, zum anderen auch Einnahmen aus Zinserträgen oder Vermietung und Verpachtung berücksichtigt werden können. Die konkrete Beitragsstaffel, auch für die OGS-Beiträge, werden wir in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erstellen und dabei eine sozial verträgliche Lösung finden.

Um die Qualität der Kindertagesstätten und das Platzangebot in Velbert sicherzustellen unterstützen wir zudem die Auflage eines Investitionsprogramms in Höhe von vier Millionen Euro für Kitaträger unserer Stadt, um weitere Kitaplätze in Velbert zu schaffen und das Angebot der Betreuung weiter zu verbessern.

Wir bitten die schwarz-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Hendrik Wüst die im Koalitionsvertrag vereinbarte Beitragsfreistellung des dritten Kitajahres zeitnah umzusetzen, um eine einheitliche Förderung von Familien nicht länger von der Finanzsituation der Städte abhängig zu machen.

7. Einsparungen für Verwaltung und Stärkung der Digitalisierung

Die Verwaltung plant mit einem globalen Minderaufwand von rd. 6 Millionen Euro ihren Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts beizutragen.

Dabei dürften aber auch notwendige Investitionen nicht vergessen werden. Insbesondere sind Maßnahmen zu realisieren, die unsere Verwaltung mittelfristig in die Lage versetzen ohne weiteren Personalaufwuchs auszukommen.

Dazu braucht es eine deutlich stärkere und schnellere Digitalisierung und Automatisierung der Prozesse sowie eine engere Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure in der Stadtverwaltung.

Hier erwarten wir insbesondere, von der dafür eigens geschaffenen Stabsstelle, deutlich stärkere und zielgerichtete Impulse.

Durch die neue Dezernatsstruktur, verbunden mit der Reduzierung von vier Stellen im Bereich der Fachbereichsleitungen, möchten wir zudem weitere Einsparungen realisieren und die Hierarchie im Rathaus verschlanken.

Dazu gehört auch die Kernverwaltung in Zukunft wieder in einem Gebäude, das sich im Eigentum der Stadt Velbert befindet, zusammenzuführen.

Die Anmietung von externen Flächen zur Unterbringung von Außenstellen ist künftig, insbesondere unter finanziellen Gesichtspunkten für uns keine langfristige Option.

Die Verwaltung ist deshalb angehalten eine mittelfristige Prognose der Personalentwicklung und des damit verbundenen Raumbedarfs, auch unter Betrachtung der Aspekte, der zunehmenden Digitalisierung, des Fachkräftemangels und der Perspektiven von „NewWork“ und einer „Shared-Desk“-Policy zu erstellen.

Die geplanten Kosten zur Renovierung und hybriden Ausstattung des Ratssaals werden wir von 500.000€ auf 280.000€ reduzieren, denn auch als politische Vertreter möchten wir zu den Einsparungen des Haushalts beitragen.

Die beschlossene, bisher aber nur in Teilen realisierte Taktverdichtung der Linie 649, die übrigens nur bis Velbert-Rosenhügel gilt, weil die Wuppertaler Stadtwerke sich an der Taktverdichtung auf Ihrem Stadtgebiet nicht beteiligen, werden wir zurückstellen um Kosten und fünf Minuten Wartezeit an der Stadtgrenze einzusparen.

Stattdessen werden wir das lange geplante ÖPNV-Konzept umsetzen ohne weitere Sonderwünsche von einzelnen Parteien zu realisieren.

Wir erwarten von der neuen Dezernentin für Jugendhilfe und Soziales eine Stärkung der quartiersorientierten Sozialarbeit in den Stadtteilzentren und weitere präventive, niederschwellige Angebote. Dadurch möchten wir endlich eine Trendwende hinsichtlich der massiv steigenden Zahlen und Kosten bei den Hilfen zur Erziehung vollziehen.

Für eine hohe Akzeptanz zur Unterbringung weiterer uns zugewiesener Asylbewerber ist zudem auch unter ökonomischen Gesichtspunkten zu prüfen, inwiefern es flexiblere Unterbringungsmöglichkeiten geben kann.

8. Keine Zeit für Wahlgeschenke, aber die richtigen Impulse für die Zukunft

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

als CDU-Fraktion im Rat der Stadt Velbert krempeln wir gemeinsam mit unseren Partnern und der Verwaltung die Ärmel hoch. Sie merken, wir sind (leider) nach wie vor nicht in der Zeit von (Wahl-)Geschenken.

Wir haben uns daher mit politischen Anträgen die zu Mehraufwendungen führen sehr zurückgehalten und uns bemüht einen ausgeglichenen aber Maß und Mitte haltenden Haushalt zu verabschieden.

Gleichzeitig haben wir die richtigen Impulse gesetzt:

Wir stärken unsere Stadtgesellschaft und das ehrenamtliche Engagement. Wir fördern unsere freiwillige Feuerwehr, das Sicherheitsgefühl und das örtliche Gewerbe.

Durch die Förderungen im Bereich der Nevigeser Altstadt, der Sanierung unserer Vorburg, dem neuen Wohnraum im Bereich Fellershof und dem geplanten Naturfreibad in Langenberg bleibt Velbert sprichwörtlich in Bewegung.

Die Verwaltung wird ihren Beitrag zur Reduzierung der Kosten und zur Digitalisierung beitragen. Durch die neue Führungsstruktur der Verwaltungsspitze schaffen wir die notwendigen

personellen Ressourcen, um die vorhandenen Potentiale zu heben und einen Fokus auf die drängenden Themen zu lenken.

Gemeinsam mit unserem Kooperationspartner von Bündnis 90/Die Grünen und der konstruktiven Unterstützung von VELBERT-anders und den Unabhängigen Velberter Bürgern, gehen wir den, zurzeit zugegebenermaßen beschwerlichen Weg, in ein zukunftssicheres Velbert weiter.

Wir stimmen dem Haushalt zu.

Herzlichen Dank!

Andreas Kanschat, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitarbeitende der Verwaltung,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

bereits an dieser Stelle möchte ich unserem Kooperationspartner und den Mitunterzeichnern unseres gemeinsamen Haushaltbegleitantrages danken, für die bisher sehr gute Zusammenarbeit und das Vertrauen, welches wir uns gegenseitig entgegenbringen.

Wiedereinführung der Kita-Gebühren

In diesem Punkt stehe ich heute vor Ihnen, um über wichtige Schritte in der frühkindlichen Bildung und Betreuung zu sprechen. Als verantwortungsbewusste Gesellschaft tragen wir eine gemeinsame Verantwortung dafür, dass alle Kinder die bestmögliche Bildung und Betreuung erhalten, unabhängig von ihrer sozialen Situation.

Wir haben daher beschlossen, Kita-Gebühren wieder einzuführen, jedoch erst ab dem Kitajahr 2025/2026. Diese Entscheidung geht Hand in Hand mit verschiedenen Maßnahmen, um zu garantieren, dass Eltern die nötige Planungssicherheit haben und gleichzeitig die Betreuungsquantität und -qualität weiter erhöht werden.

Eine stabile, zuverlässige und bedarfsgerechte Betreuung ist von großer Bedeutung für Familien. Daher werden wir dafür sorgen, dass die Öffnungszeiten der Kitas möglichst noch ausgeweitet und den Bedürfnissen der Eltern angepasst werden. Wir möchten Eltern durch eine umfassende Kinderbetreuung dabei unterstützen, Familie und Beruf bestmöglich zu vereinbaren.

Um die notwendige Einführung der Kita-Gebühren gerecht zu gestalten, ist es uns wichtig, gemeinsam mit Eltern und anderen Beteiligten eine Gebührensatzung zu erarbeiten, die für alle gut zu stemmen ist. Ihre Rückmeldungen und Vorschläge sind uns dabei äußerst wichtig, um eine gerechte und transparente Regelung zu treffen.

Wir sind uns bewusst, dass die frühkindliche Bildung ein zentrales Element für die Zukunft unserer Gesellschaft darstellt. Deshalb stehen wir gemeinsam in der Verantwortung sicherzustellen, dass alle Kinder die bestmögliche Betreuung und Bildung erhalten.

Nur gemeinsam können wir eine positive Veränderung bewirken und die Weichen für eine chancengleiche Zukunft für alle stellen. Daher auch die Erarbeitung einer neuen Gebührensatzung für Kitas und die OGS. Dies bringt eine Vielzahl von Vorteilen mit sich:

1. ****Transparenz:**** Eltern müssen auf einen Blick sehen können, welche Gebühren sie für die Betreuung ihrer Kinder zahlen müssen. Unsere neue Satzung wird eine klare und verständliche Darstellung der Kosten für die gesamte Betreuungszeit bieten.
2. ****Kontinuität + Planungssicherheit:**** Die Gebührensatzung wird sicherstellen, dass Eltern von Anfang an wissen, was finanziell auf sie zukommt und so keine unerwarteten Kosten entstehen.
3. ****Gerechtigkeit:**** Die neue Satzung wird sicherstellen, dass die Gebühren gerecht und angemessen sind, und gleichzeitig garantieren, dass die Qualität der Betreuung weiterhin auf einem hohen Niveau bleibt.

Wir setzen uns für eine verbesserte und transparente Gebührensatzung ein, um Eltern zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass die frühkindliche Bildung und Betreuung für alle Kinder zugänglich und erschwinglich bleibt.

Gemeinsam können wir dazu beitragen, dass Eltern mit Klarheit und Vertrauen in die Zukunft ihrer Kinder und auf ihre eigene finanzielle Planung blicken können.

20.000 Euro zur Stärkung des Ehrenamtes bei der Feuerwehr

Wir beabsichtigen, einen Betrag von 20.000 Euro bereitzustellen, um den wichtigen Einsatz der freiwilligen Feuerwehrangehörigen zu unterstützen und zu fördern.

Das Ehrenamt bei der Feuerwehr spielt eine entscheidende Rolle bei der Sicherheitsgewährleistung einer Gemeinde und ihrer Bürgerschaft. Die freiwilligen Feuerwehrleute opfern ihre Zeit, Energie und oft sogar ihre eigene Sicherheit, um anderen Menschen in Notsituationen zu helfen. Es ist daher von höchster Bedeutung, dass wir ihr Engagement noch mehr würdigen, unterstützen und stärken.

Die Bereitstellung von 20.000 Euro soll dazu dienen, die Freiwilligenfeuerwehren in unserer Stadt zu unterstützen, ihre Ausrüstung zu verbessern, Schulungen anzubieten und die Motivation der Ehrenamtlichen zu steigern. Diese Förderung wird dazu beitragen, die Einsatzbereitschaft und Effektivität der Feuerwehr zu erhöhen und somit die Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Es ist uns ein Anliegen, den wichtigen Beitrag, den freiwillige Feuerwehrleute für unsere Gesellschaft leisten, anzuerkennen und zu honorieren. Durch die Stärkung des Ehrenamtes bei der Feuerwehr investieren wir nicht nur in die Sicherheit unserer Stadt, sondern auch in den Zusammenhalt und die Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft.

Ich danke daher unserem Antragspartner für diese Maßnahme. Wir senden damit ein starkes Signal der Wertschätzung an all jene, die bereit sind, ihr Leben für das Wohl anderer zu riskieren. Gemeinsam können wir dazu beitragen, das Ehrenamt in der Feuerwehr weiter zu stärken.

Modernes Arbeiten in der Verwaltung

Ich freue mich, heute auch über das Thema "Modernes Arbeiten in der Verwaltung" sprechen zu dürfen. In der heutigen schnelllebigen und digitalisierten Welt ist es entscheidend, dass auch die Verwaltung mit der Zeit geht und modernen Arbeitsweisen gerecht wird. Dazu gehören unter anderem ansprechende und moderne Räumlichkeiten sowie die entsprechende Ausstattung, um den Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerecht zu werden.

Moderne Arbeitsplätze in der Verwaltung sollten den Beschäftigten die Möglichkeit bieten, effizient und flexibel zusammen zu arbeiten. Dazu gehört die Ausstattung mit moderner Technik, ergonomischen Büromöbeln, schnellem Internet und digitalen Tools. Des Weiteren sollten Besprechungsräume vorhanden sein, um Meetings abhalten zu können und sich mit Kolleginnen und Kollegen auszutauschen.

Ein wichtiger Aspekt modernen Arbeitens ist auch die Schaffung von sogenannten Desk-Sharing oder Office-Hoteling-Bereichen. Diese ermöglichen es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, je nach Bedarf und Arbeitsaufkommen, flexibel ihren Arbeitsplatz zu wählen und somit Ressourcen effizienter zu nutzen. Dadurch werden nicht nur Kosten gespart, sondern auch die Mitarbeiterzufriedenheit gemeinsam mit der Produktivität gesteigert.

Dementsprechende Räumlichkeiten und Ausstattung für modernes Arbeiten in der Verwaltung sind somit nicht nur eine Investition in die Effizienz und Flexibilität der Beschäftigten, sondern auch in die Attraktivität der Stadt Velbert als Arbeitgeber sowie in die Produktivität der Verwaltung insgesamt.

Ich bitte Sie daher, diesem Thema die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken und die notwendigen Schritte einzuleiten, um moderne Arbeitsplätze in der Verwaltung zu etablieren und somit die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Verwaltung zu sichern. Denn dies wollen wir mit dem Punkt 4 unseres Begleitantrages ausdrücken. Wenn wir all diese Aspekte in Betracht ziehen, dann müssen wir überlegen, was wir mit unserem Rathaus machen. Dazu gehört schließlich auch unser alter Ratssaal, dessen Umbau wir heute beschließen. Ich bin sehr froh, dass hier die ursprünglich geplante Investitionssumme deutlich reduziert werden konnte.

Umsetzung ÖPNV-Konzept

Ich möchte weiterhin dringend auf die Wichtigkeit der Umsetzung des Konzeptes zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) hinweisen. Es ist unerlässlich, dass dieses Konzept zeitnah umgesetzt wird, um die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und die Verkehrssituation in Velbert zu verbessern. Da hilft es aber nur wenig, sich eine einzelne Buslinie herauszugreifen und alle anderen gänzlich unberücksichtigt zu lassen. Daher die Zurückstellung der Taktung der Linie 649.

Ein zentraler Aspekt bei der Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes ist die Gewinnung von qualifiziertem Personal für den Betrieb der Busse. Ohne ausreichend qualifiziertes Personal wird es nicht möglich sein, den Fahrplan zuverlässig einzuhalten und einen reibungslosen Betrieb aufrechtzuerhalten. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf in Bezug auf die Personalgewinnung.

Ich schlage vor, mit den entsprechenden Partnern eine gezielte Kampagne zur Rekrutierung von Busfahrerinnen und Busfahrern zu starten. Diese Kampagne sollte attraktive Anreize bieten, um qualifiziertes Personal zu gewinnen, wie zum Beispiel gute Arbeitsbedingungen, faire Gehälter, Weiterbildungsmöglichkeiten und Sicherung des Arbeitsplatzes.

Es ist entscheidend, dass wir rechtzeitig handeln, um einen Fachkräftemangel im öffentlichen Nahverkehr zu vermeiden. Sollte es zu Engpässen kommen, könnten Busse stillstehen, was zu erheblichen Mobilitätseinschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger führen würde und die Akzeptanz für den ÖPNV verringert.

Erhöhung Grundsteuer B und Gewerbesteuer

Ich möchte selbstverständlich auch auf ein besonders sensibles Thema eingehen, welches alle Bürgerinnen und Bürger betrifft: die Erhöhung der Grundsteuer B um 100 Punkte und der Gewerbesteuer um 35 Punkte. Es ist bedauerlich, dass sich die finanzielle Situation unserer Stadt so dramatisch entwickelt hat, dass solche Steuererhöhungen notwendig sind. Daher ist es besonders wichtig, die Hintergründe und die Dringlichkeit dieser Maßnahmen zu kennen.

Als Verantwortliche in der Gemeindeverwaltung steht man oft vor schwierigen Entscheidungen, besonders wenn es um die Finanzierung öffentlicher Aufgaben geht. In der aktuellen Situation sind aber die Erhöhungen der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer unvermeidlich, um die finanzielle Stabilität unserer Gemeinde zu gewährleisten.

Es ist absolut verständlich, dass diese Nachricht bei den Velberter Bürgerinnen und Bürgern auf Ablehnung stoßen wird. Niemand zahlt gerne mehr Steuern. Aber was sind die möglichen

Konsequenzen einer Nichterhöhung? Die Folge wäre nämlich, dass wir von der Bezirksregierung Düsseldorf einen Sparkommissar vorgesetzt bekommen, der die Verwaltung ganz massiv in ihrer finanziellen und operativen Handlungsfähigkeit einschränkt. Darüber hinaus würde man uns ein knallhartes Sparprogramm aufdrücken, das uns kaum noch Gestaltungsraum lassen und wahrscheinlich sogar deutlich stärkere Steuer- und Abgabenerhöhungen mit sich bringen würde.

Das allerdings werden die jeweiligen Redner, die sich der Verantwortung für unsere Stadt durch eine Ablehnung des aktuellen Haushalts entziehen, wissentlich verschweigen. Aber so wäre nun mal die unschöne Alternative zu den geplanten Anhebungen der Grund- und Gewerbesteuern.

Umgang und Zusammenarbeit

Ich finde es frustrierend, dass keine konstruktiven Ideen, Anträge oder Konzepte von den ablehnenden Fraktionen gekommen sind, besonders wenn harte Entscheidungen getroffen werden müssen. Es scheint, als ob der Diskurs innerhalb des Rates momentan von Kritik und Vorwürfen geprägt ist, anstatt von konstruktiven Vorschlägen und Zusammenarbeit. Die Bereitschaft, politische Verantwortung zu übernehmen, scheint mittlerweile in manchen Fraktionen bereits dem Wahlkampfmodus und einer Fundamentalopposition gewichen zu sein. Wer aus Prinzip gegen alles ist, der handelt unüberlegt und verantwortungslos. Statt die Herausforderungen anzugehen, stürzt man sich lieber auf Nebenschauplätze.

Ein wesentliches Merkmal in einer Demokratie ist, dass unterschiedliche Standpunkte und Ideen gehört und respektiert werden. Nur so sind gegebenenfalls Kompromisse möglich. Es ist daher empfehlenswert, den gemeinsamen Dialog mit den anderen Fraktionen zu suchen und sich aktiv, konstruktiv und lösungsorientiert einzubringen.

Es ist wichtig, dass endlich alle Beteiligten die Notwendigkeit verstehen, in solch schwierigen Situationen zusammenzuarbeiten und gemeinsam nachhaltige Lösungen zu finden. Indem Sie aktiv auf die anderen Fraktionen zugehen und den Dialog suchen, könnten Sie einen positiven Beitrag zu einer produktiven Diskussion leisten und die Grundlage für gemeinsame Lösungen schaffen.

Wir Grüne bleiben offen für Gespräche und die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Fraktionen. Obwohl ! die Beiträge einzelner Fraktionen und Gruppierungen im Internet und in der Presse nach der letzten Ratssitzung zum Fremdschämen waren. Diskreditierende Unterstellungen und verbale Entgleisungen sind einer Demokratie unwürdig. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass wir zu einem besseren Umgangston zurückfinden.

Dazu möchte ich aber auch noch auf die Veränderung der Verwaltungsstruktur eingehen. Dies betrifft unseren Antrag, der zwei zusätzliche Dezernentinnen bzw. Dezernenten und die Abschaffung der meisten Fachbereichsleitungen vorsieht. Es gab hinreichende Diskussionen im Haupt- und Finanzausschuss. Dabei fielen Aussagen wie „Selbstbedienungsladen“, unnötige Kosten, ja sogar das Ende der Demokratie wurde herbeigeredet. Ich könnte ja noch verstehen, wenn man da inhaltlich nicht mitgehen möchte. Aber hier einzig und allein finanzielle Aspekte anzuführen, greift deutlich zu kurz. Daher möchte ich hier noch einmal ausdrücklich unsere Entscheidung als zielführend und richtig bekräftigen.

Umwelt und Klima

Zu guterletzt ein paar Worte zu unserem Leib- und Magenthema: Klimaschutz ist zwangsläufig das vorherrschende Thema in der Umweltpolitik, spüren wir doch mittlerweile alle die Veränderungen durch den Klimawandel. Wir stehen vor großen Herausforderungen, um die Zukunft

unserer Kinder lebensfähig zu erhalten. Die Themen Umwelt und Klima werden uns also auch weiterhin beschäftigen. Klimakonzept, Klimafolgenanpassungskonzept und auch ein Radwegekonzept für klimafreundliche Mobilität sind inzwischen beschlossen. Was nun folgen muss, ist die schnelle Umsetzung. Daher hier schon mal meinen Dank an Jörg Ostermann und seinem Team aber auch direkt eine Bitte dazu. „Lieber Jörg hab keine Hemmungen hier die Politik mit in die Verantwortung zu nehmen, wenn es irgendwo hakt. Wir brauchen einen schnelleren Ausbau der Solarenergie sowie mehr „Grün und Wasser in der Stadt“. Hier braucht es keine neuen Diskussionen, sondern Taten. Nicht nur 100 Prozent, sondern eher noch 110 Prozent von allen Beteiligten sind gefragt. Die Zeit drängt, denn das Klima macht keine Pause. Wir als Politiker der Grünen unterstützen gerne jeden Schritt, der uns in der Sache nach vorne bringt.

Schlusswort

In diesem Sinne danke ich für Ihre/Eure Aufmerksamkeit, möchte mich ganz herzlich im Namen meiner Fraktion bei der Kämmerei für die gute Arbeit bedanken und unseren Kämmerer Herrn Peitz bitten: „Bitte, lieber Christoph, überbringe unseren Dank an alle Beteiligten.“

gez. Andreas Kanschat
Fraktionsvorsitzender

Rainer Hübinger, Vorsitzender der SPD-Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die politische Gemengelage zur Haushaltsverabschiedung 2024 ist sehr komplex. Im Nahen Osten bahnt sich vielleicht ein neuer Krieg an und hier in Europa tobt immer noch ein uner-bittlicher Krieg, der in diesem Sommer vielleicht in die entscheidende Phase geht. Wir schauen hier in Abgründe, die einen schon sehr nachdenklich machen und so manche Aus-einandersetzung hier im Rat durchaus relativieren.

Innenpolitisch steht immer noch das Thema Inflation im Mittelpunkt. Die Bürgerinnen und Bürger müssen immer noch mehr Geld für Lebensmittel und Energie ausgeben, die Löhne sind nur ansatzweise und auch viel zu spät der Preisentwicklung gefolgt. Die Menschen ha-ben weniger Geld zur Verfügung. Eine zusätzliche Belastung für die Menschen in Velbert durch die Stadt Velbert darf es durch den Haushalt 2024 nicht geben. Es kann nicht sein, dass die Mieterinnen und Mieter, die Eltern der Kindergartenkinder, die Gewerbetreibenden oder die Benutzer des ÖPNV die Zeche für eine Aussitzpolitik von Schwarz – Grün in Düs-seldorf bezahlen. CDU und Grüne im Land sitzen die Probleme der Kommunen einfach nur aus. Es gibt weder eine Altschuldenregelung, noch werden die Kindergartenbeiträge im drit-ten Jahr – wie vor der Wahl versprochen - vom Land übernommen. Auch die Ampel in Berlin schläft, beim Thema Flüchtlinge fällt ihr außer einer „Bezahlkarte“ nichts ein, was den Kom-munen substanzuell helfen würde. Hier wären im Rahmen eines echten Konnexitätsprinzips direkte Geldzahlungen des Bundes für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften eine wirk-same Hilfe. Verfassungsrechtliche Probleme kann man sicher lösen.

Nun zum Entwurf der Verwaltung. Erfreulich ist, dass der Kämmerer und der Bürgermeister einen Entwurf für 2024 eingebracht haben, der ein Haushaltssicherungskonzept entbehrlich macht. Dies gelingt in Velbert mit 3 Maßnahmen:

1. Erhöhte Abführung von Gewinnen der TBV an die Stadt.
2. Nutzung des reformierten Globalen Minderaufwandes.
3. Erhöhung von Grund – und Gewerbesteuer.

Mit den Maßnahmen eins und zwei sind wir als Sozial-demokraten einverstanden, auch wenn die Erhöhung der Globalen Minderausgabe von 3 Mio auf 6 Mio eher ein Taschenspie-lertrick der Landesregierung ist und im Übrigen auch ein sehr sportliches Ziel ist, lieber Herr Peitz.

Die Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer wird von der SPD-Velbert zumindest für den Zeitpunkt heute, als ein absolut falsches Signal gesehen. Die Erhöhung der Gewerbesteuer ist gerade jetzt – und das sage ich hier bewusst auch als Sozialdemokrat - unverantwortlich. Die Krisenzeichen sind unverkennbar, hohe Energiekosten sind Gift für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Eine Steuererhöhung kommt da mehr als leichtsinnig daher. Eine Grundsteuer-erhöhung belastet alle: Mieter, Eigentümer und auch wieder Gewerbetrei-bende. Die Nebenkosten sind für Mieter schon längst zur zweiten Miete geworden und die Grundsteuer-erhöhung treibt diese noch weiter hoch. Das ist zusammen mit den Preiserhö-hungen für Energie und Lebensmittel ist das für den privaten Konsum absolut übrigens kont-raproduktiv. Die Folgen kann man übrigens auch in der Velberter Fußgängerzone jetzt schon sehen. Unserer Meinung nach ist es ebenfalls nicht sinnvoll, vor der Änderung der Grund-steuersystematik jetzt schon zu erhöhen. Die Änderung der Berechnungsgrundlagen der Grundsteuer zum 1.1.2025 wird zu großen Veränderungen führen. Gewerbegrundstücke werden tendenziell billiger, Wohngrundstücke eher teurer. Das wird bei vielen Grundstücken zu Mehrbelastungen führen. Diese Systemänderung sollte erst abgewartet werden, bevor man an Steuererhöhungen überhaupt denkt.

Nun zu den Vorschlägen der Grünen und der CDU. Da fällt erst einmal auf, was es nicht gibt, nämlich Anträge zum Klimaschutz. Es gibt zur heutigen Ratssitzung ein Antrag zum Klimaschutz, der stammt allerdings von der SPD. Ich habe es schon bei meiner letzten Haushaltsrede betont und sage hier es noch einmal: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen die Notwendigkeit von Klimaschutz und Energiewende, aber sie darf die Reichen nicht noch reicher und die Armen nicht noch ärmer machen.“

So ist die Wiedereinführung von Kindergartenbeiträgen das absolut falsche Signal. Die Beitrags- und Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zur Universität ist für uns Sozialdemokraten ein hohes Gut und gerade in der heutigen Zeit ein richtiger Weg. Das dadurch auch vermeintlich Reiche profitieren ist richtig und auch wichtig. Für vermeintlich Gutverdienende – 80000 Euro brutto hat man als Ehepaar schnell erreicht - muss Velbert attraktiv sein, das bringt dann in der Folge auch mehr Steuereinnahmen und Kaufkraft. Und beitragsfreie Kindergärten sind dabei ein wichtiger und weicher Standortfaktor. Im Gegenteil: hier muss es weitergehen. Gebührensenkungen im OGS-Bereich sind für die SPD Velbert unerlässlich.

Zuletzt kommt der Beitrag der CDU und der Grünen in Velbert zur Verkehrswende. Die geplante Einrichtung eines 10 Minutentaktes der Buslinie 649 zwischen Neviges Rosenhügel und dem ZOB – bisher aus Personalmangel der WSW leider immer noch nicht realisiert- wird wieder einkassiert. Herzlichen Glückwunsch Herr Schmidt und Herr Kanschat, so geht die Verkehrswende sicher nicht. Von der CDU als Autofahrerpartei habe ich nichts anderes erwartet, von den Grünen bin ich da aber doch sehr enttäuscht.

Wir Sozialdemokraten begrüßen ausdrücklich die Einführung des Deutschlandtickets zum Preis von 49 Euro und vor allem des verbilligten Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler für 29 Euro. Das ist für uns ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber andere Städte gehen noch weiter, so bietet z.B. die Stadt Heidelberg für alle die in Heidelberg wohnen und unter 21 Jahren sind – ein verbilligtes Deutschlandticket von nur 9 Euro pro Monat an. Natürlich will ich Heidelberg in Baden-Württemberg nicht mit Velbert vergleichen, weder finanziell noch vom Stadtbild her. Aber unbürokratisch geht doch, selbst in Deutschland.

Nun zum Stellenplan 2024. Die Einrichtung zweier zusätzlicher Dezernenten mit jährlichen Mehrkosten von 400.000 Euro lehnen wir natürlich ab. Bisher ist mit den bestehenden zwei Dezernenten und dem Kämmerer Herrn Peitz gute Arbeit geleistet worden. Wir können nicht erkennen, warum man das jetzt ändern sollte.

Die Wahl von Frau Ernst zur Beigeordneten war allerdings eine Farce. Letztendlich wurde vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Schmidt der qualifiziertesten Bewerberin in einem Telefonat signalisiert, dass CDU/Grüne sie nicht wählen würden. Sie zog ihre Bewerbung daraufhin zurück. Am Ende blieb nur noch Frau Ernst, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag Mettmann übrig. Eine Wahl zwischen mehreren Bewerberinnen hatte der Rat nicht mehr. Dies halte ich für eine ungeheure Missachtung des Rates. Hier wird nach Gutsherrenart schon im Vorhinein alles festgezurr. Angesichts der mangelnden Führungserfahrung von Frau Ernst – sie führt seit kurzer Zeit eine vierköpfige Stabsstelle- mache ich mir ernsthaft Sorgen um die weitere Entwicklung eines Dezernates mit fast 500 Beschäftigten. Über die Vorstellung von Frau Ernst im Hauptausschuss und vor allem im Rat möchte ich hier gar nicht reden, da breiten wir mal lieber den Mantel der Barmherzigkeit aus. Ich habe mir zur Vorbereitung meiner Rede heute auch noch mal die Verlautbarungen der Grünen bei der Wahl von Gerno Böll zum Dezernenten – hier gab es im Rat übrigens 3 Kandidaten- angesehen. Im Original steht heute auch noch auf der grünen Homepage: „Seit Monaten pfeifen es nicht nur die Spatzen vom Rathausdach“, es ist ein „Pöstchen zu vergeben“. Hier beziehe ich mich jetzt allerdings auf das neu einzurichtende Dezernat für Ordnung und Wirtschaftsförderung. Im letzten Rat mit der Mehrheit von CDU / Grüne/ Velbert anders und UVB so beschlossen. Ich wette, die qualifizierteste Bewerbung wird hier aus der CDU-Fraktion kommen. Ich bin mir auch sicher, dass

hier eine ähnlich kurze Bewerbungsfrist wie bei der Wahl von Frau Ernst ausreichend ist. Bestenauslese sieht aber irgendwie anders aus.

Wie gelingt denn der Haushaltsausgleich ohne Haushaltssicherung und Steuererhöhungen aus Sicht der SPD:

- An die erhöhte Abführung der TBV und an die globale Minderausgabe machen wir auch als SPD mal den Haken dran.
- Verzicht auf 2 zusätzliche Dezernenten.
- Einsparungen durch nicht besetzte Stellen in 2024.
- Verschiebung der Einrichtung von Stellen bei der Wirtschaftsförderung auf den Stellenplan 2025.
- Verschiebung der Renovierung des Ratssaals auf den Haushalt 25. Dies wird natürlich nur mit der Abschreibung als Sparmaßnahme haushaltswirksam. Aber es ist auch ein Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger.
- Die restlichen fehlenden Mittel werden der Ausgleichsrücklage entnommen. Sie enthält 9,5 Mio Euro. Diese Maßnahme wird ebenfalls in der Stellungnahme der IHK zum Haushalt 2024 empfohlen. Allerdings sind wir als SPD-Fraktion der Meinung, dass man – im Gegensatz zur IHK Düsseldorf – auch auf die Grundsteuererhöhung zumindest 2024 verzichten muss. Klar ist auch für uns, dass dies nur ein Bilanzierungstrick ist und dahinter kein echtes Geld steht. Wir halten dieses Vorgehen aber in dieser außergewöhnlichen Situation für vertretbar.

Abschließend schlage ich vor, dass wir hier im Rat der Stadt Velbert einen Appell gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen an Land und Bund schicken, ähnlich wie dies die Kolleginnen und Kollegen des Rates der Stadt Mettmann im Februar 2024 getan haben. Die Unterfinanzierung hat zu einem erheblichen Investitionsstau in der kommunalen Infrastruktur geführt, auch in Velbert. Es bedarf einer strukturellen Reform der Gemeindefinanzierung. Hier ist das Land in erster Linie in der Pflicht. Vorschläge sind hier:

- Altschuldenregelung
 - Reform der Kindergartenfinanzierung
 - Unterstützung des Landes beim Schulbau
 - Entbürokratisierung von Förderprogrammen
- Aber auch der Bund hat seine Aufgabe zu erfüllen:
- Echtes Konnexitätsprinzip, d.h. wer Aufgaben zuweist, muss auch die echten Kosten dafür tragen: z.B. bei Flüchtlingen oder bei der Einbürgerung.
 - Höherer Anteil der Gemeinden an der Umsatz- und der Einkommenssteuer.

Ich hoffe sehr, dass wir uns hier in Velbert auf so ein Papier einigen können, Ein kluger Mensch hat einmal gesagt: Man kann über alles reden, nur nicht über 10 Minuten. Ich habe das nicht ganz geschafft, wenn ich auch meine mir nach der Fraktionsgröße zustehenden 18 Minuten nicht gebraucht habe.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Peitz, wir danken Ihnen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bitte geben Sie den Dank der SPD-Fraktion ebenfalls an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung weiter.

Die SPD Velbert lehnt den Haushaltsentwurf und den Stellenplan 2024 aus den genannten Gründen ab.

Dirk aus dem Siepen, Vorsitzender der UVB-Fraktion

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder der Stadtverwaltung. Ich freue mich heute hier wieder in Rathaus meine Haushaltsrede halten zu dürfen. Es wäre zwar etwas Besonderes gewesen, wieder im Forum zu tagen. Aber dies ist durch technische Probleme ja leider unmöglich geworden.

Ich könnte es mir leicht machen und einfach sagen wir stimmen dem Haushalt zu.

Aber ganz so leicht ist uns diese Entscheidung nicht gefallen. Zuerst möchte ich die schwierige Situation ansprechen, mit der wir konfrontiert sind. Unsere Haushaltslage ist zweifellos herausfordernd. Wir haben mit begrenzten Ressourcen zu kämpfen und stehen vor der Notwendigkeit Einsparungen vorzunehmen, um finanzielle Stabilität zu erreichen.

Fangen wir aber zuerst mit dem positiven an. Sehr geehrter Herr Peitz, ich möchte mich an dieser Stelle zunächst im Namen meiner Fraktion bei ihnen und ihren Mitarbeitern für die Erarbeitung des Haushalts 2024 und die Beratung in unserer Fraktion bedanken, vor allem für ihre offenen Worte. Sie verwiesen auf die großen Herausforderungen des Transformationsprozesses, der Klimakrise und des Ukrainekrieges, dem Flüchtlingsaufkommen und damit auf seine Folgen für den Haushalt.

Es ist bei weitem nicht das, was wir uns erhofft haben, wenn wir es vielleicht gerade schaffen mit einem leichten Überschuss ins nächste Jahr zu gehen. Wir unterstützen selbstverständlich die Grundschul- und Gesamtschulneubauten, sowie zusätzliche Kita-Plätze und mehr Raum für den offenen Ganztage. Doch vor dem Hintergrund der Haushaltslage werden wir um Einsparungen nicht herumkommen. Hier gibt es nichts zu beschönigen. Es gibt derzeit keine Spielräume für neue zusätzliche Belastungen des Haushalts. Wenn zusätzliche Aufgaben übernommen werden sollen, müssen diese mit zusätzlichen Erträgen kompensiert werden oder es muss klar gesagt werden, was dafür unterbleiben soll.

Aus diesem Grund stimmen wir auch schweren Herzens dem Anheben des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer von 440 auf 475 Punkte zu. Lassen sie mich aber bitte kurz erläutern, was diese Steuer bedeutet und warum sie für uns so wichtig ist. Die Gewerbesteuer ist die Steuer, die von Unternehmen auf ihre Gewinne erhoben wird. Sie ist eine der wichtigsten Einnahmequellen für unsere Gemeinde und trägt dazu bei, die Infrastruktur zu erhalten, öffentliche Dienstleistungen bereitzustellen und die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Nun zur Grundsteuer B, die wir allerdings von 550 auf 650 Punkten erhöhen müssen. Hierbei trifft es die Immobilieneigentümer und die Grundsteuer B, wird auf den Wert von bebaubaren Grundstücken erhoben. Auch diese Einnahmequelle ist von großer Bedeutung für die Finanzierung kommunaler Projekte und Maßnahmen. Warum also diese Erhöhungen der Steuern? Die Antwort liegt in der Notwendigkeit, die finanzielle Stabilität unserer Gemeinde zu gewährleisten und sicherzustellen, dass wir auch zukünftig in der Lage sind, unseren Bürgerinnen und Bürgern die Dienstleistungen anzubieten, die sie verdienen. Wenn man allerdings weiß, dass die Schallmauer von 1000 Punkten bei der Grundsteuer B in Nordrhein-Westfalen bereits durchbrochen ist, sind wir mit 650 Punkten noch etwas entfernt, aber es ist uns wichtig zu betonen, dass wir keine übermäßige Belastung für unsere Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger schaffen möchten. Eine moderate Erhöhung bedeutet, dass wir die Balance zwischen Sicherstellung unserer finanziellen Zukunft und der Berücksichtigung der Belastung, denen unsere Gemeinschaft möglicherweise gegenübersteht, wahren können. Wir sind fest davon überzeugt, dass eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B der richtige Schritt ist, um unsere Gemeinde auf Kurs zu halten und sicherzustellen, dass wir weiterhin ein lebenswertes und blühendes Umfeld für alle bieten können.

Nun lassen sie mich noch eine wichtige Entscheidung ansprechen. Als gewählte Vertreter unserer Stadt tragen wir eine immense Verantwortung dafür, ein ausgewogenes und gerechtes

Steuersystem aufrechtzuerhalten, das die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt. In den letzten Jahren haben wir hart daran gearbeitet, unser Bildungsangebot zu verbessern und sicherzustellen, dass alle Kinder gleiche Chancen auf hochwertige frühkindliche Bildung haben. Wir haben beträchtliche Investitionen getätigt, um sicherzustellen, dass unsere Kindergärten die bestmögliche Ausbildung und Betreuung bieten können. Allerdings stehen wir nun vor der Herausforderung, diese Bemühungen aufrechtzuerhalten und gleichzeitig sicherzustellen, dass unsere öffentlichen Finanzen verantwortungsbewusst verwaltet werden. Angesichts dieser Herausforderungen haben wir beschlossen, ab einem zu versteuernden Einkommen von 80.000 Euro erneut Kindergartenbeiträge zu erheben. Diese Entscheidung ist nicht leichtfertig getroffen, sondern basiert auf einer gründlichen Prüfung unserer finanziellen Situation und der Bedürfnisse unserer Gemeinde. Die Erhebung von Kindergartenbeiträgen ab einem bestimmten Einkommen ermöglicht es uns, eine gerechte Verteilung der Kosten für die frühkindliche Bildung sicherzustellen. Es ist wichtig zu betonen, dass Familien mit niedrigerem Einkommen weiterhin von Gebührenbefreiung profitieren werden. Obwohl uns klar ist, dass an der Kinderbetreuung zu sparen, der nicht unbedingt richtige Schritt ist, sind wir uns aber unserer Verantwortung bewusst, ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen unserer Gemeinschaft und den finanziellen Realitäten gefunden zu haben.

Wir hoffen, dass mit diesen ganzen Erhöhungen der nächste Haushalt positiver ausfällt. Ja, dies bedeutet, dass wir in einigen Bereichen Änderungen vornehmen müssen, aber lassen Sie mich betonen, dass wir dies mit äußerster Sorgfalt und Bedacht getan haben.

Wir möchten aber nicht vergessen unsere Kritik an der Landes- und Bundesregierung anzubringen. Es kann nicht sein, dass es seit Jahren eine unzureichende Finanzausstattung und fehlende Unterstützung gegen zusätzliche Lasten und Belastungen ohne Ausgleich gibt.

Dies muss sich ändern.

Die UVB Fraktion wird trotzdem diesem Haushalt zustimmen, es muss aber erkennbar werden, dass die Ausgaben und Verbindlichkeiten wieder in ein Normalmaß zurückgeführt werden. Unabhängig davon bleibt die UVB-Fraktion ein verlässlicher Partner, wenn es darum geht, die Chancen unserer Stadt zu nutzen und gemeinsam verantwortungsvoll in diesem Hause zu handeln.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion Velbert anders

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Ostermann, sehr geehrter Herr Peitz,

zu Beginn meiner Rede möchte ich mit der wichtigsten Aussage beginnen: Unsere Fraktion stimmt dem Haushaltsplanentwurf in der vorliegenden Fassung zu.

Dabei kann ich einige Bedenken und Anregungen, die in den Medien und sozialen Netzwerken geäußert wurden, durchaus verstehen, darum möchte ich Ihnen nun erklären, warum wir, die Fraktion Velbert-anders, zu diesem Ergebnis gekommen sind.

Beginnen möchte ich mit der Aussage.;

Mit dem Haushalt 2024 verwalten wir den Mangel,

kurzgesagt lassen und Bund und Land auf Kosten sitzen, die uns per Gesetz dazu zwingen, diese Kosten zu übernehmen, weil es sogenannte Pflichtaufgaben sind.

Hier einige Beispiele:

Pflichtaufgabe 1

Der Zuschuss der Stadt Velbert zum Betrieb der Kindergärten belauft sich im Haushalt 2024 auf € 18,5 Millionen, dazu kommen dann noch die Kosten für die Kindertagespflege von € 3,7 Millionen, gesamt also € 22,2 Millionen. Das Land hat beschlossen, dass die Eltern eines Kindes den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben und beteiligt sich an den Gesamtkosten im Jahr 2024 mit € 22,4 Millionen. Somit beteiligt sich der Gesetzgeber (Land NRW) mit 50 % an den tatsächlichen Kosten.

Pflichtaufgabe 2

Schulneubauten, in Velbert die neue Grundschule an der Grünstraße, die ca. € 25 Millionen kosten wird und die 2. Gesamtschule in Neviges, die derzeit mit € 83,5 Millionen geschätzt wird. Die Beteiligung des Landes liegt bei einer bescheidenen Pauschale, die bei ca. € 3 Millionen im Jahr liegt. Damit könnte man die Kosten für beide Schulen in 35 Jahren bezahlen , wären da nicht die Zinsen für die Darlehen und die Folgekosten, für die wir die Finanzierung aufbringen müssen.

Pflichtaufgabe3

Für die Unterbringung von Flüchtlingen zahlen Land und Bund eine jährliche Pauschale von € 7.500,--. Die tatsächlichen Kosten belaufen sich allerdings derzeit auf ca. € 2.000,-- monatlich, d.h. ca. € 24.000,-- im Jahr, also eine Unterdeckung von € 16.500,-- jährlich. Wir stehen zum § 16 a des Grundgesetzes, dass die Verpflichtung beinhaltet, Flüchtlinge die im eigenen Land verfolgt werden und um ihr Leben fürchten müssen aufzunehmen, im Gegensatz zu einigen ewig Gestrigen, die sich allerdings laut zu Wort melden. Eine schnellere Feststellung der Flüchtlingsfrage wäre allerdings hilfreich.

Pflichtaufgabe 4

Feuerwehr und Rettungsdienst wird ebenfalls durch die „Obrigkeit“ gesetzlich geregelt. Das führt dazu, dass die Stadt verpflichtet ist, einen Brandschutzbedarfsplan zu erstellen, der hohen Ansprüchen gerecht werden muss. Diese Kosten, für Fahrzeuge, Rettungswagen, Neueinstellungen im Personalbereich und Neubauten führen zu einer weiteren Belastung, die auch nicht annähernd vom Land ausgeglichen wird.

Auch die Steigerung der Kreisumlage und die steigenden Kosten im Sozialbudget, bei den Personalkosten, sowie den Steigerungen bei den Energiekosten und die Kostensteigerungen durch die Inflation runden das negative Bild ab.

Um die Kommunen zu entlasten, hat sich die Landesregierung eine weitere, kaum zu verstehende Möglichkeit, einfallen lassen, um die entstehenden Haushaltslöcher in über 60 % der NRW-Städte zu korrigieren. Die Städte dürfen nun eine **Minderausgabe** von 2 % im Haushalt ausweisen, d.h. es wird ein Haushalt aufgestellt, der alle Kosten beinhaltet, davon sollen aber in unserem Fall € 6 Millionen eingespart werden. Wie das gehen soll, bleibt allerdings ein Geheimnis der Landesregierung. Das ist ein weiterer „Geniestreich“ nach der Aktivierung der Kosten für Flüchtlinge und Ukraine-Kosten.

Die Ankündigung, dass ab dem Kindergartenjahr 2025/2026 die Kindergartengebühren stufenweise wieder eingeführt werden sollen, hat zu vielen negativen Reaktionen geführt und teilweise auch zu falschen Aussagen. Wir hoffen, dass die zu Beginn von uns aufgeführten Summen erklären, warum diese Maßnahme erforderlich ist.

Um den Ausgleich des Haushaltes 2024 zu erreichen, sind Erhöhungen und damit Verbesserungen im Einnahmehereich erforderlich. In diesem Haushalt ist vorgesehen die Grundsteuer B zu erhöhen, die Gewerbesteuer ebenso.

Diese Veränderungen und die bereits erwähnte globale Minderausgabe von € 6 Millionen führen am Ende dazu, dass wir gerade so den Haushaltsausgleich erreichen. Ohne diese Erhöhungen hätten wir eine Unterdeckung von ca. € 14 Millionen gehabt, die eine Genehmigung des Haushaltes nicht möglich gemacht hätte. Eine Haushaltssicherung wäre die Folge gewesen. Wer schon längere Zeit im Rat der Stadt tätig ist, wird sich an die fast 20jährige Phase der letzten Haushaltssicherung erinnern, die erst 2018 zu Ende ging und das nicht aus eigener Kraft, sondern durch einen aufgelegten Stärkungspakt. Eine erneute Haushaltssicherung hätte eine Überprüfung aller Ausgaben, allerdings nicht der Pflichtausgaben, nach sich gezogen und für Reduzierungen der freiwilligen Leistungen gesorgt. Ich hoffe, man erinnert sich noch daran.

Bei der momentanen Lage der deutschen Wirtschaft sehe ich allerdings große Probleme auf uns zukommen, denn man wird nicht ewig Gebühren erhöhen können. Die Belastbarkeit der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen ist nicht unendlich.

Auch ist für weitere Geschenke, wie im Jahr 2021 gibt es keinen Spielraum mehr, denn meine Vorhersage in der letzten Haushaltsrede wird in diesem Jahr eintreffen: Die Gesamtverschuldung des Konzerns Stadt liegt über € 1.Mrd. Die Pro-Kopf Verschuldung also bei € 11.904. Mit diesem Wert liegen wir in NRW unangefochten auf dem 2. Platz

Daher sollten die Parteien, die im Land NRW das Sagen haben, endlich das GFG (Gemeindefinanzierungsgesetz) ändern, die Vertreter dieser Parteien im Rat der Städte sollten ihre Parteikollegen dazu auffordern, damit alle Kommunen mit feststehenden Zuwendungen rechnen können und somit eine Sicherheit bei den Planungen erreicht wird.

Abschließend danken wir Herrn Peitz und seiner Mannschaft für die, wieder einmal, gute Arbeit.

Uwe Matysik, Vorsitzender der AfD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Peitz,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

„Genug ist genug“ - unter dieses Motto habe ich meine diesjährige Haushaltsrede gestellt, in der ich drei Bereiche exemplarisch und bewusst provokativ, den Finger in die Wunde legend, aufgreifen möchte:

1. Genug Schulden

Keine weitere Neuverschuldung unserer Stadt zu Lasten künftiger Generationen!
Stattdessen eine seriöse, verantwortungsvolle Haushaltspolitik und Aufstellung von Haushalten ohne Bilanzierungstricks.

2. Genug Asylanten (Neudeutsch: Schutzsuchende)

Keine weitere Aufnahme von Asylanten!
Stattdessen Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für die Velberter Bürger

3. Genug städtische Mitarbeiter

Keine weiteren Planstellen in der Verwaltung, keine inflationäre Ausweitung des Stellenplans und auch keine neuen Beigeordneten!

Sehr geehrte Damen und Herren,

jedes Jahr lernen wir bei der Lektüre des Haushalts etwas mehr.

Dieses Jahr ist es der „globale Minderaufwand“ in Höhe von sechs Millionen Euro, ohne diesen der Haushalt 2024 nicht darzustellen ist.

Doch was ist dieser globale Minderaufwand?

Nichts anderes als Hoffnung und Glaube.

Wir hoffen auf steigende Erträge oder geringere Aufwendungen, doch woher sollen diese kommen?

Aus der Gewerbesteuer?

In diesem Jahr haben wir Bundesweit die höchste Zahl an Insolvenzen zu vermelden und alle Wirtschaftsverbände sind sich einig: Unsere Wirtschaft hängt am Tropf. Jeden Tag kommen neue Hiobsbotschaften wie 1000 Entlassungen hier, 2000 Entlassungen da hinzu.

Und die Prognosen für das laufende Jahr sowie die Folgejahre sind mehr als düster. Deutschland ist das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in Europa – und fällt immer mehr zurück.

Robert Habeck, Wirtschaftsminister mit profundem Halbwissen, würde wahrscheinlich sagen: Die Arbeitsplätze sind ja nicht weg, sie sind nur woanders (im europäischen Ausland oder in Fernost).

Und wir hoffen auf gesteigerte Gewerbesteuereinnahmen?

Ach ja, die bekommen wir ja durch die Erhöhung der Gewerbesteuer auf einen Hebesatz von 475 Punkten. Aber ist das so?

Die Gewerbesteuer in Velbert ist nun fast doppelt so hoch wie zum Beispiel in Monheim mit einem Hebesatz von 250 Punkten. Ein guter Grund zur Verlegung des Firmensitzes dorthin und ein schlechter Grund zur Gründung eines Firmensitzes in Velbert. Und vielleicht auch der Todesstoß für einige krisengeschüttelten Gewerbe in Velbert.

Dies ist nicht der richtige Weg, um einen ausgeglichenen Haushalt zu ermöglichen, dieser Schuss geht nach hinten los.

Das sind nur Buchhaltertricks im Rahmen des Planverfahrens, um einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen.

Dies kennen wir ja auch aus den vergangenen Haushalten, in denen Millionen „isoliert“ wurden.

Doch was bedeutet das Isolieren für Velbert?

Eine unfassbare zusätzliche Verschuldung, die in keiner Weise zu vertreten und innerhalb der nächsten 50 (!) Jahre abzutragen ist.

Auch hier sage ich: Genug ist Genug!

Mit diesem Kurs fahren wir Velbert an die Wand.

Die finanzielle Lage ist katastrophal und die Entwicklung mehr als besorgniserregend.

Im Jahr 2005 hatten wir ein Eigenkapital von 190 Mio. Euro. Heute sind es gerade noch 32 Mio. Euro. Unser Kämmerer, Herr Peitz, hat das in seiner Rede zum Haushalt verdeutlicht. Velbert hat im Vergleich zu den anderen Kommunen mit Abstand die niedrigste Eigenkapitalquote.

Im Haushaltsplanentwurf wird uns die Entwicklung der Verbindlichkeiten verdeutlicht. (*Haushaltsplan 2024 Seite 348*)

Stand Ende 2022 waren es 461,5 Millionen Euro. Der voraussichtliche Stand Ende 2024 beträgt 631,5 Mio. Euro. Unfassbare 170 Millionen Euro zusätzliche Schulden in drei Jahren.

Und das nur im Haushalt der Stadt, d.h. ohne die Verbindlichkeiten bei den städtischen Tochtergesellschaften (Stadtwerke, Wobau, Technische Betriebe usw.).

Wenn man sich dann noch die Entwicklungen bei den Bürgschaften anschaut, wird der Ernst der Lage im Haushalt der Stadt mit seinen Tochtergesellschaften noch deutlicher. Deren Höhe betrug Ende 2022 knapp 47 Mio. Euro. Voraussichtlicher Stand Ende 2024: sage und schreibe 75 Mio. Euro. Eine Erhöhung um 60%.

Auch bei den Tochtergesellschaften laufen die Kredite aus dem Ruder, traurig aber wahr. Die Gesamtschau zeigt: Die Verschuldung im Konzern Stadt Velbert hat die Milliardengrenze schon weit überschritten.

Deshalb hier nochmal:

Genug ist Genug!

Mit dem eingeschlagenen Kurs verstoßen wir eklatant gegen den Haushaltsgrundsatz der Generationengerechtigkeit.

Die Würde bedeuten: Jede Generation muss ihre Aufgaben selbst lösen und darf sie nicht den kommenden Generationen aufbürden. Zugleich muss sie Vorsorge für absehbare zukünftige Belastungen treffen.

Weder haben wir in diesem Haushaltsplanentwurf Lösungen für unsere Aufgaben, noch treffen wir Vorsorge für zukünftige Belastungen.

Für unsere Kinder und Enkelkinder tickt allein durch die steigende Zinslast eine Zeitbombe.

Und nun zu den Belastungen.

Natürlich geraten die Kommunen durch die aktuelle Bundespolitik weiter unter Druck und die finanzielle Notlage verschärft sich stetig. Unsere Kommunen schreiben seit 2011 erstmals wieder rote Zahlen in Milliardenhöhe.

Schauen wir auch hier in den Haushaltsplan:

Die Kosten für die zum größten Teil illegale Migration laufen völlig aus dem Ruder (Haushaltsplan 2024 Seite 344, Produkt 3122)

Im aktuellen Haushaltsplan wird allein beim Immobilienservice mit Mietkosten in Höhe von 12,5 Mio. Euro für die Flüchtlingsunterkünfte kalkuliert. Kosten wie Heizung etc. kommen noch hinzu. Wie wir Bürger aus eigener Erfahrung wissen, sind die Energiekosten aufgrund der katastrophalen Politik der Ampel enorm gestiegen. Diese werden sich geschätzt nochmal mit 3-4 Millionen Euro in dem Haushalt wiederfinden lassen.

Hinzu kommen 10 Mio. Euro für Investitionen in zeitlich beschränkte Übergangslösungen (zum Beispiel Wohn-Container), die erst im Verlauf der nächsten Jahre ergebniswirksam werden, und Aufwendungen für weitere Hilfen, die in verschiedenen Haushaltspositionen „versteckt“ und damit wenig transparent sind.

Außerdem sind noch die Aufwendungen für – natürlich durch Kredite finanzierte - Grundstücksankäufe zu berücksichtigen, auf denen Container platziert oder Häuser gebaut werden sollen. Macht voraussichtlich weitere 7 Mio. Euro.

Somit betragen allein die Kosten für die genannten Positionen grob gerechnet rund 33 Mio. Euro.

Eine Zahl zum Vergleich: Für Senioren und Behinderte sind im aktuellen Haushaltsplan lediglich rund 320.000 Euro eingeplant. Was ist das für ein Verhältnis? Seniorentreffs und -stuben, wichtige Orte der Begegnung, werden von der Stadt schon seit Jahren nicht mehr gefördert.

Den gesamten Aufwendungen durch die unregelmäßige Migration stehen „Erstattungen vom Land nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz in Höhe von lediglich 5,7 Mio. Euro gegenüber. Das ist völlig unzureichend.

Deshalb gilt auch hier, meine Damen und Herren:
Genug ist genug!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

handeln Sie als Bürgermeister im Sinne der Bürger, rufen Sie den Notstand aus und stoppen den Zuzug von zum großen Teil illegal eingereisten Asylanten, von denen die wenigsten ein Anrecht auf Asyl haben. Gleichwohl bleiben diese Menschen fast alle unbefristet im Land und fallen der Gemeinschaft nicht nur finanziell zur Last.

Migration ist nur mit einer vernünftigen Integration zu bewältigen, und da haben alle Kommunen versagt. Über 50% der 2015 zugewanderten Asylanten befinden sich noch heute in den Flüchtlingsunterkünften.

Ein absolutes Totalversagen. Hier muss sofort und intensiv gehandelt werden.

Brandbriefe lösen das Problem nicht.

Alle bisherigen Versprechungen der Bundesregierung sind Luftnummern.

Die Bürokratie sollte abgebaut werden, ufer aber tatsächlich mit jeder Entscheidung aus.

Finanzieller Ausgleich, Fehlanzeige.

Stoppen der illegalen Migration, auch Fehlanzeige.

Abschieben von ausreisepflichtigen Asylbewerbern, auch gescheitert.

Import von Kriminalität? Das haben wir geschafft!

Die Velberter Bürger haben nicht die halbe Welt eingeladen.

Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen, und das ist in diesem Fall der Bund.

Warum sollen unsere Bürger durch zusätzliche Kitagebühren, eine Erhöhung der Grundsteuer (die Eigentümer und Mieter belastet) und der Gewerbesteuer die Zeche einer verfehlten Bundespolitik bezahlen?

Das trägt die AfD-Fraktion nicht mit. Punkt.

Schauen wir uns nun kurz den Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2024 an, der wie schon im Vorjahr von zahlreichen Stellenneueinrichtungen geprägt ist und bei einer Besetzung der Stellen zu entsprechenden Personalkostensteigerungen führen wird.

Zum Beispiel sind für das Haushaltsjahr 2024 zu den vier vorhandenen Planstellen der Klimaschutzbeauftragten vier weitere Stellen geplant. Hiermit soll der [Klimastrategie Velbert](#) zumindest in Ansätzen Rechnung getragen werden. Ginge es nach den Vorstellungen der „Klima-Experten“, wären für die Umsetzung all der Klimaschutzmaßnahmen in einem ersten Schritt sogar 12 zusätzliche Vollzeit-Stellen erforderlich (vgl. Seite 41 der Klimastrategie Velbert).

Zum Vergleich, die sieben Mal größere Stadt Düsseldorf hält hier lediglich vier Stellen vor.

Für uns als AfD Fraktion absolut nicht nachvollziehbar.

Der 2022 vom Rat beschlossene Klimafonds in Höhe von einer Million Euro pro Jahr ist aufgrund der desolaten Haushaltslage gestrichen worden.

Die von Bund und Land über diverse Förderprogramme bereitgestellten Fördermittel für den Klimaschutz werden künftig nicht mehr in der bisherigen Höhe bereitstehen, woher auch.

Außerdem wurde im Kreis Mettmann eine Planstelle Klimaschutz installiert.

Die vier zusätzlichen kostenintensiven Planstellen für das Haushaltsjahr 2024 sind somit völlig an der Realität vorbei geplant. Für uns stellt sich deshalb im Gegenteil die Frage, ob nicht von den vorhandenen vier Planstellen zwei mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ versehen werden sollten.

Gemäß „Klimastrategie Velbert“ sollen unter anderem nur noch klimaneutrale Gewerbebetriebe in Velbert angesiedelt werden.

Wir werden den natürlichen Klimawandel mit dieser Maßnahme nicht aufhalten, verzichten dadurch möglicherweise aber auf dringend benötigte Arbeitsplätze für unsere Bürger und zudem auch auf dringend benötigte Gewerbesteuereinnahmen.

Die Verwaltung und die Politik haben das Wohl der Velberter Bürger und den Blick für das finanziell Machbare in großen Teilen aus den Augen verloren, dass muss sich ändern.

Dies möchte ich anhand eines weiteren Beispiels verdeutlichen:

Muss die Wärmeversorgung bei der geplanten Sanierung von Schloss Hardenberg durch Geothermie in Verbindung mit einer Pelletheizung erfolgen, wie am 25.04.2023 im Haupt- und Finanzausschuss beschlossen? (Beschluss-Vorlage 195/2023)

Die ursprünglich geplante Gasbrennwerttherme zur Versorgung des Objektes wurde mit ca. 200.000 Euro kalkuliert. Die beschlossene Wärmeversorgung durch Geothermie und Pelletheizung wird dagegen das 10-fache, rund 2.000.000 Euro kosten.

Die im Bereich Klimaschutz Beschäftigten wurden zudem darauf hingewiesen, dass hier entgegen dem Klimaschutz gehandelt wird. Eine Reaktion auf diesen Hinweis erfolgte nicht, auch nicht in Bezug auf den entstehenden hochgradig krebserregenden Feinstaub, der durch den Betrieb einer Pelletheizung entsteht.

Ich gehe davon aus, dass das Betreiben dieser Anlage aufgrund explodierender Preise für Pellets in naher Zukunft aus wirtschaftlicher Sicht eine Katastrophe sein wird, wenn denn überhaupt noch Pellets zu haben sind.

Rennen Sie also nicht irgendwelchen gescheiterten Klimastrategiezielen von irgendwelchen Ideologen hinterher.

Arbeiten Sie mit Vernunft für unsere Bürger und für unsere Umwelt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Uwe Matysik

Thorsten Hilgers, Vorsitzender der FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,
liebe Gäste,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

auch in diesem Jahr möchte ich mit dem Dank beginnen, den ich im Namen der FDP-Fraktion an Herrn Peitz und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die in den letzten Monaten an der Erstellung des Haushaltes mitgewirkt haben, richten möchte. Dass dies keine leichte Aufgabe war, zeigt sich schon an den zeitlichen Abläufen und der späten Verabschiedung des Haushaltes am heutigen Tage.

Gerne schließe ich mich auch persönlich diesem Dank an.

Nach so vielen Haushaltsreden, die wir bisher gehört haben, zu sprechen, birgt die Gefahr, die Inhalte der Vorredner zu wiederholen. Ich hoffe dennoch, Ihnen einige neue Punkte und vor allen Dingen neue Sichtweisen auf die eventuell schon angesprochenen Punkte geben zu können.

„Man soll die Zukunft nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen“ – so sagte es einmal Antoine de Saint-Exupéry.

Was damit gemeint ist?

Man könnte es so interpretieren: Wir sollen die Stadt nicht nur verwalten und vom Hier und Jetzt leiten lassen, sondern den Blick nach vorne richten und den Weg in die Zukunft planen.

Mit der Zukunft umzugehen bedeutet, sich mit Unsicherheiten auseinanderzusetzen und Prognosen anzunehmen, um dann danach zu handeln. Eine präzise Vorhersage der Zukunft – so zeigen es gerade das aktuelle Geschehen und der Verlauf der Haushaltsberatungen – ist schwierig, wenn nicht sogar unmöglich.

Betrachten wir unser vergangenes und gegenwärtiges Handeln und setzen uns kritisch damit auseinander, ist die Zukunft gestaltbar. Dies sollte unser Handeln bestimmen und aus diesem Blickwinkel heraus sollten wir uns mit folgenden Fragen beschäftigen:

- Wo sehen wir uns in 10 bis 20 Jahren?
- Wie wollen wir leben?
- Wie wird sich die Bevölkerung entwickeln und welche Bedürfnisse werden wir dann haben?

Kurz gesagt: Wir sollten uns intensiv auf die Zukunft vorbereiten, was sicherlich leichter gesagt als getan ist!

Die letzten vier Jahre lehren uns, dass wir auf aktuelle und oft nicht vorhersehbare Herausforderungen ebenfalls vorbereitet sein müssen. Ich nenne hier nur die Corona-Pandemie und die Folgen der Kriege in der Ukraine und im Gaza-Streifen. Des Weiteren sind hier Flucht und Vertreibung, gestiegene Lebenshaltung- und Energiekosten zu erwähnen.

Der heute zur Verabschiedung vorliegende Haushaltsplanentwurf 2024 zeigt uns sehr deutlich, dass die Zeiten von „Wünsch Dir was“ vorbei sind.

Es ist also die Zeit der Priorisierung gekommen, lässt sich vielfach hören.

Aber sind wir eigentlich noch in der Lage tatsächlich in unserem Haushalt Prioritäten zu setzen?

Seit Jahren „bescheren“ uns die Beschlüsse des Bundes und die Beschlüsse des Landes immer wieder neue Aufgaben und neue Standards verbunden mit einer stetig wachsenden Bürokratie. Hinzu treten die Beschlüsse der Landschaftsversammlung des LVR und die Beschlüsse des Kreises Mettmann, die mit ihren Umlagen einen immer größeren Teil unserer Haushaltsmittel abziehen.

Aber auch die Beschlüsse, die wir als Stadtrat in der Vergangenheit gefasst haben, schränken die Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung und der Priorisierung enorm ein.

Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
wir müssen festhalten und berücksichtigen, dass die Investitionen von gestern, die Aufwendungen und Ausgaben von Heute und Morgen sind und die Entscheidungen von heute, enorme Wirkung auf unsere Möglichkeiten in der Zukunft haben.

Um dies besser zu verdeutlichen, möchte ich Ihnen die Problematik an einem konkreten Beispiel erläutern:

Im letzten Jahr haben wir uns gemeinsam über die Eröffnung des Forum Velbert freuen dürfen. In einer Rekordumbauzeit mit einer nahezu terminlichen Punktlandung ist ein gesellschaftlicher Mittelpunkt in Velbert entstanden, der positiv zu bewerten ist und auch vielfach bewundert wird.

Die positive Ausstrahlung und die positive Resonanz symbolisieren die eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille stellen die in diesem Projekt gebundenen Ressourcen dar. So müssen die Investitionen nun jährlich abgeschrieben werden, was für die nächsten Jahrzehnte Mittel des Haushaltes binden wird. Der Betrieb und die Instandhaltung wiederum benötigen auch finanzielle Ressourcen, die im Endeffekt durch den Haushalt der Stadt Velbert jährlich bedient werden müssen und somit die verfügbaren Haushaltsmittel binden. Die inhaltlichen Konzepte, um das Forum mit Leben und Aktivitäten zu füllen, müssen durch Menschen umgesetzt werden, was weiteren Ausgaben für personelle und sachliche Aufwendungen nach sich ziehen wird.

Um dies einmal in Zahlen auszudrücken. Der städtische Zuschuss an den Betreiber des Forum Velbert (KVKBV) musste im Haushalt 2024 auf 6,5 Mio. Euro erhöht werden. Aber auch diese Summe wird nicht ausreichen. Laut Wirtschaftsplan wird der KVBV dieses Jahr - trotz des Zuschusses - mit einem Minus in Höhe von ca. 1,4 Mio. Euro abschließen. Also zusammen fast 8 Mio. Euro.

Ich möchte hier keinem den Besuch des Forums verleiden und ich möchte in keinsten Weise die Leistung, die alle Beteiligten in den letzten Jahren für den Umbau und die Neupositionierung geleistet haben, schmälern. Auch ich gehe gerne ins Forum Velbert und nutze die dortigen Angebote.

Aber wir müssen erkennen, dass solche Entscheidungen Mittel im städtischen Haushalt auf Jahrzehnte binden und somit die Entscheidungsfähigkeit in der Gegenwart und in der Zukunft einschränken werden.

Da die finanzielle Substanz durch viele Entscheidungen (auf allen Ebenen) in der Vergangenheit bereits enorm gebunden wurden und freies Kapital gar nicht mehr zur Verfügung steht, haben wir immer häufiger das Gefühl, überhaupt nicht mehr eigenständig entscheiden zu können. Und dies, obwohl wir weiterhin über hohe Einnahmen – auch in Velbert – verfügen.

Hier muss ein Umdenken stattfinden!

Die Entscheidungen der Vergangenheit sind nicht mehr zu ändern und die Belastungen aus diesen Entscheidungen werden uns in der Zukunft weiterhin einschränken. Aber die Gegenwart und die Zukunft haben wir in der Hand und können sie durch unsere heutigen Entscheidungen beeinflussen.

Die FDP Fraktion hält es für ausgesprochen kurzfristig und auch für falsch, diese Mechanismen nicht anzuerkennen und lieber die bisherige Ausgabenpolitik fortzuschreiben und fehlende Mittel durch eine Erhöhung der Grundsteuer, eine Erhöhung der Gewerbesteuer und durch die Wiedereinführung von Kita-Beiträgen zu ersetzen.

Es ist unsere Pflicht, mit den uns anvertrauten Steuergeldern so verantwortungsbewusst und effizient wie möglich umzugehen.

Das bedeutet auch, dass wir keine Steuern erhöhen sollten, sondern unsere Investitionen klug bedenken und Ausgaben reduzieren müssen. Es braucht innovative Investitionen in Zukunftsthemen. Gleichzeitig müssen wir alle nicht zwingenden Ausgaben knallhart auf den Prüfstand stellen.

Wir müssen den politischen Mut haben, Projekte nicht anzugehen, Wünschen einzelner Gruppen oder Interessen zu widersprechen und den Fokus auf die Zukunftsthemen zu legen.

Meine Damen und Herren,
wer die Velberter Zukunft erfolgreich gestalten will, der muss sich auf die wesentlichen Punkte beschränken, überflüssige Wahlgeschenke einkassieren und sich genau überlegen, welche Anträge Velbert weiterbringen und welche die Entwicklung Velberts in der Zukunft blockieren. Auch das ständige Schielen in Richtung Kommunalwahl 2025 bringt Velbert sicherlich nicht weiter.

Die Entscheidungen der letzten Ratssitzungen lassen allerdings vermuten, dass viele Fraktionen dieses Rates die Situation noch nicht erkannt haben.

Wurden doch seit Einbringung des Haushaltes viele Entscheidungen getroffen, die den Haushalt in den nächsten Jahren mit hohen zusätzlichen Beträgen belasten werden. Ich nenne hier nur die Verdopplung der Anzahl der Dezernenten und die Entscheidung zur Weiterverfolgung des Neubaus des Naturschwimmbades in Langenberg.

Bereits in meinen Haushaltsreden der letzten Jahre habe ich für die FDP-Fraktion auf die Bedeutung der Zurückhaltung bei Investitionen und konsumtiven Ausgaben hingewiesen, musste allerdings erkennen, dass diese Appelle verhallten.

Lieber setzt die Ratsmehrheit, die heute den Haushalt sicherlich beschließen wird darauf, die Belastung der Bürgerinnen und Bürger weiter zu steigern und nimmt die damit einhergehenden langfristigen Nachteile für den kurzfristigen Haushaltsausgleich billigend in Kauf.

Eine Erhöhung der Grundsteuer hat unmittelbare Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen unserer Einwohner*innen. Jeder zusätzliche Cent, den sie an Steuern zahlen müssen, bedeutet einen direkten Einschnitt in ihr verfügbares Einkommen. Dieser Kaufkraftverlust ist nicht zu unterschätzen, insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und steigender Lebenshaltungskosten.

Für viele Familien und Einzelpersonen könnte eine Realsteuererhöhung bedeuten, dass sie weniger Geld für wichtige Ausgaben wie Miete, Lebensmittel oder Bildung zur Verfügung haben. Es könnte ihre finanzielle Stabilität gefährden und möglicherweise sogar dazu führen, dass sie sich gezwungen sehen, Kompromisse bei grundlegenden Bedürfnissen einzugehen.

Darüber hinaus müssen wir die langfristigen Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft berücksichtigen. Eine höhere Grundsteuer könnte Unternehmen dazu veranlassen, sich in anderen Kommunen niederzulassen oder ihre Investitionen in Velbert zu reduzieren, was wiederum Arbeitsplätze in unserer Stadt gefährden könnte.

Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir alternative Wege finden, um unsere Einnahmen zu sichern, ohne die finanzielle Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger weiter zu erhöhen. Wir müssen kreative Lösungen entwickeln, die eine ausgewogene finanzielle Gesundheit der Stadt gewährleisten, ohne dabei die Lebensqualität unserer Einwohner zu beeinträchtigen.

Ein weiterer Punkt, den wir bei der Diskussion über die Realsteuererhöhung nicht außer Acht lassen dürfen, ist die Erhöhung der Gewerbesteuer und deren Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Unternehmen vor Ort.

Die Gewerbesteuer ist eine sehr bedeutende Einnahmequelle für unsere Stadt und trägt zur Finanzierung wichtiger kommunaler Aufgaben bei. Jedoch müssen wir uns bewusst sein, dass eine Erhöhung dieser Steuer die Wettbewerbsfähigkeit unserer örtlichen Unternehmen beeinträchtigen könnte und sicherlich auch beeinträchtigen wird.

Unsere lokalen Unternehmen stehen bereits vor vielfältigen Herausforderungen. Viele von ihnen kämpfen mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, steigenden Betriebskosten und einem zunehmend anspruchsvollen Marktumfeld. Eine zusätzliche Belastung in Form einer Gewerbesteuererhöhung – bei gleichzeitiger Erhöhung der Grundsteuer - könnte ihre finanzielle Lage weiter verschärfen und ihre Investitionsbereitschaft bzw. ihre Möglichkeiten investieren zu können, beeinträchtigen.

Es besteht das Risiko, dass Unternehmen gezwungen sind ihre Kosten zu senken, um die Auswirkungen der Steuererhöhungen zu kompensieren. Dies könnte sich ebenfalls negativ auf die Beschäftigungssituation vor Ort auswirken und sogar dazu führen, dass Unternehmen geplante Investitionen oder Expansionen zurückstellen.

Als verantwortungsbewusste Kommunalpolitik ist es unsere Aufgabe, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Sicherstellung unserer finanziellen Mittel und der Unterstützung unserer örtlichen Wirtschaft zu finden. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Steuerpolitik nicht dazu führt, dass Unternehmen abwandern oder ihre Aktivitäten einschränken, sondern dass sie ein Umfeld schafft, das Wachstum und Innovation fördert.

Ich lade Sie alle ein, gemeinsam mit uns nach Lösungen zu suchen, die die finanziellen Bedürfnisse unserer Stadt decken, ohne dabei unsere Unternehmen und Bürger zu überfordern. Durch einen konstruktiven Dialog und eine engagierte Zusammenarbeit können wir sicherstellen, dass Velbert weiterhin ein attraktiver Standort für Unternehmen und eine lebenswerte Stadt für alle Bewohner bleibt.

Zu einer lebenswerten Stadt gehört nach Meinung der FDP Fraktion auch eine gute und ausreichende frühkindliche Bildung. Hierzu ist es weiterhin notwendig den Trägern der Kita's mit finanzieller und ideeller Unterstützung zu helfen und mit ihnen gemeinsam für eine sichere Basis der frühkindlichen Bildung zu sorgen.

Für uns stellt diese Leistung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar, die einzig und alleine durch Steuereinnahmen finanziert werden muss. Eine solche gesellschaftliche Aufgabe durch Eltern mittels Kita-Beiträgen mitfinanzieren zu lassen, halten wir für falsch und haben uns daher seit vielen Jahren für die Abschaffung der Kita Gebühren in Velbert eingesetzt. Dass dies nun durch die Ratsfraktionen CDU, Grüne/Bündnis90, UVB und Velbert Anders wieder für einen Teil der Eltern rückgängig gemacht werden soll, betrübt uns und zeigt einmal mehr, wie wenig die in den „Sonntagsreden“ immer wieder beschworene Solidarität mit jungen Familien eigentlich wert ist.

Es ist volkswirtschaftlich notwendig und politisch gewollt, dass beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Aber gerade diesen Eltern, die bereit sind, den aufreibenden Spagat zwischen einer Erwerbstätigkeit und ihrer Elternrolle wahrzunehmen, wird nun gezeigt, dass sich dieser Spagat eigentlich nicht lohnt.

Familienpolitisch und im Hinblick auf die Gleichberechtigung ein enormer Rückschritt, den die FDP Fraktion auf jeden Fall nicht mitgehen wird. Wir erteilen jeglicher Wiedereinführung von Kita Gebühren eine eindeutige Abfuhr!

Perspektivisch ist davon auszugehen, dass dies nicht der letzte Haushalt ist, welcher mit einem Minus endet, was für uns schlichtweg nicht hinnehmbar ist. Dass wir derzeit große Investitionen für den Ausbau der Schullandschaft und den Ausbau des Feuerwehr- und Rettungsdienstes aufwenden müssen ist richtig und wichtig! Beides sind notwendige Investitionen in die Sicherheit und Zukunft

der Stadt Velbert. Bei vielen anderen Ausgaben hingegen teilen wir diesen Standpunkt nicht! Hier sind insbesondere konsumtive Ausgaben zu nennen, die keinen oder nur einen geringen Nachhaltigkeitsaspekt haben.

Auch müssen wir feststellen, dass die Investitionen und Anstrengungen in den Bereichen,

- Demografischer Wandel und seine Bedeutung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung
 - Digitalisierung und die Bedeutung für die Leistungsfähigkeit der Verwaltung auch in Zeiten der Arbeitsverdichtungen, Betrauung mit neuen, anspruchsvollen Aufgaben durch Bund / Land und Beherrschung des Fachkräftemangel
 - Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Umweltpolitik mit ihrer Bedeutung für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts
- zu wenig Berücksichtigung in den Planungen der Verwaltung finden und ihr Niederschlag im Haushaltsplanentwurf zu wenig zu erkennen ist.

Auch wenn ich in der mir zur Verfügung stehenden Zeit nur wenige Aspekte unserer Kritik an dem vorliegenden Haushaltsentwurf und den Ergebnissen der Haushaltsberatungen benennen konnte, können Sie aus meinen Ausführungen sicherlich erkennen, dass wir dem heute zur Abstimmung stehenden Haushaltsplanentwurf nicht zustimmen werden.

Abschließend möchten wir versichern, dass unsere Ablehnung des Haushalts nicht als bloße Oppositionsarbeit zu verstehen ist. Vielmehr sehen wir es als unsere Verantwortung, die finanziellen Angelegenheiten unserer Stadt sorgfältig zu prüfen und sicherzustellen, dass die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger - über Generationen hinweg gedacht - gewahrt bleiben.

Wir sind bereit – und haben dies auch bereits mehrfach in den letzten Monaten und Jahren gezeigt - konstruktive Lösungen zu erarbeiten und gemeinsam mit anderen Fraktionen an Lösungen zu arbeiten, die den Prinzipien der wirtschaftlichen Vernunft, der Effizienz und der langfristigen Stabilität entsprechen.

Lassen Sie uns gemeinsam das Beste für unsere Gemeinde erreichen und eine solide finanzielle Grundlage für die Zukunft schaffen.

Der Haushaltsentwurf ist weiterhin auf eine rückwärts gerichtete Politik ausgerichtet und zeigt leider nur wenig Ansätze für die Zukunft.

Allen Zuhörern danke ich für die mir entgegengebrachte Aufmerksamkeit.

Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Herr Bürgermeister,
werte Ratskolleginnen und -kollegen,
liebe Mitarbeitende der Verwaltung
liebe Besucher der heutigen Ratssitzung,

als erstes bedanke ich mich auch im Namen meiner Fraktion bei den Mitarbeitenden der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit sowie für die Aufstellung des Haushaltes.

Der vorgelegte Haushaltsplan für das Jahr 2024 zeigt deutlich den Zusammenhang und die Abhängigkeit von Bundes, Landes- und Kommunalpolitik und deren Finanzierung auf. Festzustellen ist, dass seit Jahren praktiziert wird die Kommunen finanziell auszutrocknen, Sozialleistungen zu reduzieren und zu privatisieren sowie auch immer mehr Kosten auf die Bürger zu übertragen.

Wir sehen, wie Herr Peitz, die Gefahr, dass Kommunen künftig finanziell nicht mehr handlungsfähig sind. Ursachen sehen wir verstärkt in der Bundespolitik. Eine Bundesregierung, aber auch CDU/CSU, die sich weigern Großkonzerne mit Milliardengewinnen stärker zu besteuern, die einen schlanken Staat durch immer mehr Privatisierungen anstreben, die durch ihr Hochrüstungsprogramm nicht nur 100 Milliarden mehr Staatsschulden verursachen und zudem künftig einen Rüstungsetat von 2% des Haushaltes, derzeit 80 Milliarden jährlich, anstreben, betreiben eine gefährliche Politik, deren einziger Profiteur die Rüstungsindustrie ist. Sie betreiben eine Politik, die unser Land immer mehr zum Kriegsteilnehmer macht, eine Politik, die schnell in einem dritten Weltkrieg enden kann. Großmachtbestrebungen für eine Neuaufteilung der Welt müssen ein Ende haben.

Warum ist das eben gesagte wichtig für die kommunalen Haushalte und deren Finanzierung?

Wir zitieren dazu Herrn Peitz aus seiner Rede bei der Haushaltseinbringung wie folgt:

„Die aktuelle Finanzausstattung der Kommunen ist so bereits in Zukunft nicht mehr tragfähig. Auch wenn die Erträge Jahr für Jahr steigen, reichen die Mehreinnahmen auf Dauer nicht aus, um die immer neuen übertragenen Aufgaben dauerhaft finanzieren zu können. Ob Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in den Schulen, die Pflicht zur Erarbeitung einer kommunalen Wärmeplanung, die anhaltende Unterbringung von Geflüchteten, Steuerentlastungsgesetze auf Bundesebene mit Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen: In allen Fällen sollte auch tatsächlich gelten, dass derjenige der eine Leistung bestellt, diese auch bezahlt - und zwar auskömmlich.“ **(Zitat Ende)**

Ersichtlich ist, dass die Probleme der kommunalen Finanzen von ihnen erkannt werden, wir sind jedoch mit den gezeigten Lösungsmodellen, die ausschließlich Kostensteigerungen für die Bürger beinhalten, nicht einverstanden. Sie lösen zudem nicht das grundsätzliche Finanzproblem der Stadt. Allein die Liquiditätskredite im städtischen Haushalt (ohne ausgegliederte Tochtergesellschaften) zeigen, dass Entschuldungsprogramme, wie zum Beispiel Streichung von Altschulden und bessere Finanzausstattungen notwendig sind, um Städten eine Perspektive zu ermöglichen. Ihre Herangehensweise wieder einmal Bürger zu Melkkühen zu machen, Bürger die bereits Kostensteigerungen aufgebürdet bekommen haben, sind für uns keine Lösung.

Inflation, Preissteigerungen, zum Beispiel bei Lebensmitteln, Wohnungsmieten, Strom- und Heizungskosten bei gleichzeitigem Reallohnverlust und Rentenkürzungen haben bereits eine Belastungsgrenze überschritten. Mehr als zwanzig Prozent der Kinder leben auch in Velbert unter der Armutsgrenze. Menschen sind gezwungen zu betteln, in der Fußgängerzone zu musizieren oder gar in den Abfallbehältern nach Leergut zu suchen.

Weitere Erhöhungen von städtischen Gebühren und Steuererhöhungen wie bei der Grundsteuer B um 100 Punkte sind für uns unakzeptabel und tragen nur unwesentlich zur Haushaltskonsolidierung bei. Unverständlich in diesem Zusammenhang ist, dass die Gewerbesteuer nur um 35 Punkte erhöht werden soll. Ich zitiere hier Landesfinanzminister Markus Opdenhövel, CDU „**Wollen wir eine Lösung haben, die näher am Bürger ist, oder lassen wir alles beim Alten? (Zitat Ende)** Er fordert eine bundesgesetzliche Regelung, mit der ermöglicht wird, die Gewerbeimmobilien stärker zu besteuern und Wohnungsimmobilien zu entlasten ohne dabei das Gesamtsteueraufkommen zu gefährden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Velbert ist bestrebt eine kinderfreundliche Stadt zu werden. Dazu gehört unseres Erachtens die Anerkennung, dass Bildung ein Grundrecht ist und bleibt und allen Kindern von klein bis groß gleiche Bildungschancen ermöglichen muss. Es ist müßig, über Fachkräftemangel zu klagen, wenn nicht die entsprechenden Bildungschancen gegeben sind. Ganztagsbetrieb in KITAs und Schulen mit kostenlosem Mittagessen gehören für uns zu den Grundvoraussetzungen. Ein kostenfreier Besuch von KITAs muss zudem schnellstmöglich für jedes Kind ermöglicht werden. Eine Wiedereinführung von KITA-Beiträge lehnen wir aus diesem Grund ab.

Wir begrüßen natürlich den Bau der neuen Gesamtschule, für die wir uns immer eingesetzt haben, und neuer Kindertagesstätten. Wir sehen, dass Probleme erkannt, aber leider noch nicht ausreichend gelöst werden. Ebenso begrüßen wir die Fertigstellung des Forum Velbert, die in Aussicht gestellte Fertigstellung und Nutzung von Schloss Hardenberg, die Renovierung des Panoramabades in Neviges sowie die Einrichtung des geplanten Naturschwimmbades in Langenberg. Maßnahmen, die unsere Stadt lebens- und liebenswert erhalten. Zu bemängeln sind dagegen fehlende Wohnungsangebote, besonders in Hinblick auf bezahlbarem und sozialem Wohnungsbau. Auch im Sozialbereich, wie zum Beispiel durch die Ablehnung des durch die Ausschüsse beschlossenen, aber durch die Ratsmehrheit abgelehnten Velbert-Pass für Bürger, und auch deren Kinder, mit geringem Einkommen besteht ein großes Defizit.

Ein weiteres Problem sehen wir in der zunehmenden Tendenz kommunale Aufgaben zum Beispiel an Sozialverbände auszugliedern. Vom Kindergarten bis zu Begegnungsstätten wird alles privatisiert um sich von Pflichten und Kosten zu entledigen.

Velbert ist auch eine bunte Stadt. Das haben alle Teilnehmer und Redner auf der gut besuchten Demo und Kundgebung gegen die Besorgnis erregende Rechtsentwicklung gefordert. Wenn uns aufschreckt, dass rechtsextremes Gedankengut und solche Parteien wachsen, dann müssen wir uns darüber Gedanken machen, was wir als Kommune tun müssen, um diesen Menschenfängern den Boden zu entziehen.

Das heißt für uns unter anderem Keine Bereitstellung von Plätzen und anderen Räumlichkeiten für Neonazis und deren Organisationen. Besonders der Platz am Offers, an dem der Opfer von Faschismus und Rassismus gedacht wird, darf nicht denen zur Verfügung gestellt werden, die in der geistigen Nähe der Täter stehen.

Das heißt zudem mehr städtisches Engagement für die weitere Verlegung von Stolpersteinen. Das heißt auch, aktive Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte unter anderem durch Benennung der Folterstätten in Velbert und der näheren Umgebung und der dort verübten Gräueltaten. Ich nenne hier nur drei Stätten:

Der Konsum in Velbert, die Koburg im Neandertal und die Kemna in Wuppertal. Wer heute Geschichte nicht aufarbeitet, läuft Gefahr, sie zu wiederholen. Dies sollte uns allen eine ständige Mahnung sein.

Im Haushaltsjahr 2024 ist laut Aussage von Herrn Peitz zudem mit vielen Eventualitäten zu rechnen. Ob Einnahmen erfolgen oder Kosten sich erhöhen, kann selbst im April noch nicht

eingeschätzt werden. Planungssicherheit ist nicht gegeben, eine weitere Verschuldung der Stadt ist absehbar. DIE LINKE gehört **nicht** zu denen, die den Kopf in den Sand stecken. Die Bundesrepublik ist ein reiches Land, notwendig ist eine gerechte Umverteilungspolitik von oben nach unten, zum Beispiel durch die Belastung von Konzerngewinnen, und die Wiedereinführung der **Vermögenssteuer**.

Durch friedensorientierte Diplomatie in der Außenpolitik, durch ein rigoroses Nein zu Kriegen und Waffenexporten, durch eine Klimapolitik, die Leben ermöglicht und nicht durch Kriege zerstört. Wer Probleme lösen will, muss das Übel an der Wurzel packen. Schönheitsreparaturen und einseitige Belastungen der Bürger sind keine Lösungen.

Wir sind der Überzeugung, dass der vorliegende H. Entwurf nicht den Grundsätzen für eine soziale, demokratische und ökologische Stadtentwicklung folgt und der Aufgabenstellung zur Erfüllung der Grundbedürfnisse unserer Stadtgesellschaft nicht entspricht deshalb lehnen wir den Haushalt 2024 ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Martin Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Die Piraten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geschätzte Ratskollegen, liebe Velberter,

wieder einmal wurde die Verabschiedung des Haushaltes verschoben, weil der Kämmerer nicht wusste, woher er das Geld für einen ausgeglichen Haushalt nehmen sollte.

Auf den ersten Blick sieht es tatsächlich so aus, als hätte er es geschafft!

Doch dies kommt nur durch einem Sechsmillionen teuren Bilanztrick - dem globalen Minder-aufwand - zustande, der das Sondervermögen Corona- und Ukraineschäden abgelöst hat. Außerdem sollen Steuern erhöht und in 2025 Kita-Gebühren wieder eingeführt werden.

Was dieser Bilanztrick, der nichts als eine Luftnummer ist, für Auswirkungen auf die Bilanz am Ende des Jahres haben wird, kann noch niemand vorhersagen.

Im Grunde genommen handelt es sich dabei nur um ein Versprechen der Verwaltung, weniger Geld auszugeben.

Ein Versprechen, das wir in Anbetracht der angedachten Ausgaben, nicht glauben können. Des Weiteren wird nicht erklärt wie und wo weniger Geld ausgegeben werden soll.

Sollten diese Einsparungen auf Seiten der Verwaltung nicht gelingen, wird der globale Minder-aufwand zu einer Reduzierung des Eigenkapitals führen.

Schon jetzt wären wir bilanziell überschuldet, wenn das Sondervermögen Corona als das deklariert wird, was es eigentlich ist – nämlich Schulden!!!

Seit 2023 sind die Schulden rapide angestiegen.

Als Ursache werden immer wieder der Bau und die Sanierung von Schulen, Kita- und OGS-Ausbau, die Unterbringung von Flüchtlingen sowie die Coronakrise aufgeführt; alles Aufgaben die nicht neu sind, zu denen die Stadt von Land- und Bund verpflichtet wurde. Dabei handelt es sich keinesfalls um Wohltätigkeitsprojekte!

Doch zu dem Schuldenberg haben auch teure Projekte beigetragen, die zwar schön sind, aber leisten können wir sie uns nicht!

Zum Beispiel das Bürgerforum: da hat sich die ursprünglich von der Verwaltung genannte Bausumme fast verdoppelt.

Zusammen mit dem Stadion führt dies nun dazu, dass der KVBV einen jährlichen Verlustausgleich in Millionenhöhe benötigt, deutlich höher als ursprünglich veranschlagt.

Ein weiteres Beispiel ist die Neugestaltung des Geländes rund um das Schloss Hardenberg inklusive der bereits seit Jahren nicht enden wollenden Sanierung der Wehrmauer. Dies wird die Steuerzahler eine zweistellige Millionensumme kosten.

Paradox ist zudem mit der Neugestaltung der Außenanlage vor Sanierung des Schlosses zu beginnen. Welcher private Bauherr würde so handeln?

Auch der Kauf des Rathausanbaus bleibt nicht ohne Folgen. Es wurde und muss jetzt schon saniert werden. Kosten, die eigentlich der ehemalige Vermieter hätte tragen müssen.

Fehlplanung beim Bau des Schloss- und Beschlägemuseums erzeugen nun jedes Jahr zusätzliche Kosten für die Anmietung von Lagerräumen, in denen noch nicht einmal die Exponate fachgerecht gelagert werden können. Vergrößert werden diese Kosten noch dadurch, dass im neuen Museum weniger Exponate ausgestellt werden können, als vormals im Forum.

Ab dem nächsten Jahr wird diese Liste noch durch das Naturschwimmbad in Langenberg erweitert.

Dabei ist es schon makaber, dass einerseits behauptet wird, dass Kitagebühren dringend benötigt werden damit Pflichtaufgaben erfüllt werden können, aber andererseits der Bau dieses neuen Freibades inklusive Folgekosten beschlossen wird.

Das der Wunsch besteht, für die Einwohner von Velbert auch etwas Luxus zu schaffen, ist durchaus verständlich. Doch dieser Luxus wird durch neue Schulden teuer erkauft und das bei aktuell steigenden Zinsen.

Es sollte allen klar sein: Wer beschließt, schöne Prestigeobjekte, die keine Pflichtaufgaben erfüllen, zu bauen, der muss sie auch bezahlen.

Die Hoffnungen oder Forderungen einiger Parteien und Wählergemeinschaften, dass eine Landes- oder Bundesregierung uns Velbertern dabei finanziell unter die Arme greift, sind geradezu naiv.

Nun ereilen uns die Konsequenzen dieser unendlichen Wunschliste in Form von Steuererhöhungen.

Ob diese Handlungsweise die richtige ist um die vielen dringende Probleme zu lösen, die noch auf uns zu kommen, bezweifle ich stark.

Einsparmöglichkeiten sehen wir jedenfalls bei dem vom Rat beschlossenen Kooperationsvertrag mit der TBV. Dieser wurde durch die Verwaltung einfach verlängert. Wenn die TBV sich eine Millionenausschüttung leisten kann, dann sollte dieser Vertrag überprüft werden, um Kapitalertragssteuern zukünftig zu vermeiden.

Weitere Einsparmöglichkeiten im Haushaltsplan sehen wir bei der Nichtbesetzung der Dezerentenstellen, der Stellen für die Erhebung der Kitagebühren sowie bei der Wirtschaftsförderung und der überbesetzten Abteilung für den Klimaschutz. Dort sollte mehr Geld für wirkungsvollere Maßnahmen statt für Personal ausgegeben werden.

Wir lehnen diesen Haushaltsplanentwurf ab!

Cem Demircan, Vorsitzender der Fraktion Velbert Gemeinsam

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates und Herr Bürgermeister,
liebe Velberterinnen und Velberter,

ich stehe heute hier, um gemeinsam mit Ihnen über unseren Haushalt und die Richtung zu sprechen, in die wir unsere Stadt Velbert lenken wollen. Zunächst möchte ich jedoch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Stadtverwaltung meinen besonderen Dank aussprechen. Ihr unermüdlicher Einsatz und Engagement bilden das starke Fundament, auf dem unsere Stadt steht. Sie sind die Visitenkarte der Verwaltung in Velbert.

Kommen wir nun zu einem weniger erfreulichen Thema: dem Velberter Haushalt 2024. Dieser ist strukturell unausgeglichen und wird durch den Ansatz einer globalen Minderausgabe (6 Millionen Euro) und durch erhebliche Steuererhöhungen (Grund- und Gewerbesteuer) zum Ausgleich gebracht. Die Verwaltung und auch insbesondere die Regierenden in der Stadt sehen als eines der Hauptgründe, dass Bund und Land sich nicht an das Konnexitätsprinzip bei der Finanzierung der an die Kommune von Bund und Land übertragenen Aufgaben halten würden. Dieses Prinzip besagt einfach erklärt, wer „die Musik bestellt muss sie auch bezahlen!“ Man hat bei manchen politischen Vertretern insbesondere bei den Grünen und der CDU das Gefühl, als hätten sie mit den Regierungen in Düsseldorf und Berlin nichts zu tun. Da sich aber seit Jahrzehnten an dieser Problematik nichts ändert – weil es von den bundespolitisch agierenden Parteien nicht gewollt ist, bringt auch das Jammern in den Kommunen nichts. Im Gegenteil wir müssen uns endlich darauf konzentrieren, unsere Probleme vor Ort selber zu lösen. Aber tun wir das wirklich?

Während ich die harte Arbeit vieler Mitarbeitenden eingangs würdigte, müssen wir eine kritische Analyse unserer Führungsebene vornehmen. Es ist unübersehbar, dass die Umsetzung essentieller Projekte – insbesondere in den Bereichen der Innenstadtentwicklung, der Erweiterung des Industriegebiets um das „Große Feld“ und der Digitalisierung – deutlich hinter unseren Erwartungen zurückbleiben. Diese Schlüsselprojekte sind jedoch bedeutend für unser wirtschaftliches und soziales Wohlergehen.

Die Vernachlässigung dieser für unsere Stadt so wichtigen und kritischen Bereiche ist tief enttäuschend. Betrachten wir die Innenstadtentwicklung: Unsere Innenstadt sollte das pulsierende Herz unserer Stadt sein, ein Zentrum, das Wirtschaft, Kultur und Gemeinschaft vereint. Statt einer blühenden Mitte sehen wir jedoch Leerstände und verpasste Möglichkeiten. Mit schlechten Konzepten aus den 80ern versucht unsere Verwaltungsspitze eine zukunftsorientierte Innenstadt zu gestalten – ohne Erfolg. Wir sehen, dass Verwaltungsspitze und CDU/Grüne einfach die Augen verschließen, wenn es zum Beispiel um das Thema Stadtgalerie geht. Ja, die Stadtgalerie ist privat finanziert und aktuell in privater Hand, aber schon jetzt ein Desaster für unsere Stadt. Und ganz ehrlich liebe Verantwortlichen: Wenn der letzte Laden in der Stadtgalerie seine Türen schließt, wird die Stadtgalerie nicht einfach aus der Fußgängerzone verschwinden. Wir werden eine nächste Bauruine inmitten unserer Stadt ertragen müssen. Denn eine Lösung oder zumindest einen Lösungsansatz für eine für unsere Bürgerinnen und Bürger akzeptable Umnutzung, ist nicht in Sicht. Und warum? Weil sich die Verantwortlichen diesem Problem nicht ernsthaft annehmen und stattdessen auf ein Wunder warten.

Ein weiteres Thema in der Warteschleife ist die Erweiterung unseres Industriegebiets um das „Große Feld“. Eine unerlässliche Gelegenheit, unsere wirtschaftliche Basis zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen, wird durch einen Mangel an Vision und Entschlossenheit zunichte gemacht. Es scheint, als würde die positive Entwicklung und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt dem Frieden innerhalb der schwarz-grünen Koalition geopfert. Denn viel eher beschäftigen sich diese Koalitionspartner damit, wie sie untereinander Pöstchen verteilen und wenn die Pöstchen nicht reichen, dann wird halt Personal aufgestockt – koste es, was es wolle. Ich

verweise hier auf die Verdoppelung der Dezernenten – getreu dem Motto „Wir gönnen uns was!“

Ein vermeintliches Herzensanliegen der Grünen ist normalerweise der Öffentliche Nahverkehr, nur leider nicht in Velbert. Seit Jahren gibt es keine Verbesserungen in diesem Bereich. Menschen aus Velbert-Mitte kommen weiterhin nur mit erheblichen Hindernissen und mehrmaligem Umsteigen nach Düsseldorf – aktuell durch den monatelangen Ausfall der S6 zwischen Essen-Werden und Ratingen-Ost, noch einmal schwerer. Nur minimale Verbesserungen sind innerstädtisch anvisiert. Am ZOB werden weiterhin Wartende im Regen stehen gelassen. Die Überdachung des ZOB ist viel zu hoch und die einzelnen Wartebereiche an den Busteigen haben zwar Seitenschutz aber keine Überdachung. Das Problem ist seit Jahren bekannt, interessiert die Verantwortlichen aber nicht.

Auch im Bereich der Digitalisierung bleibt Velbert weit hinter seinem Potenzial zurück. Durch Ausnutzung des schlecht formulierten Onlinezugangsgesetzes (OZG) und die Schaffung von sogenannten Hybrid-Lösungen, die weder den Bedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger gerecht werden, noch den Arbeitsaufwand unserer Mitarbeitenden in der Verwaltung effektiv reduzieren, sind bezeichnend für eine verfehlte Digitalpolitik. Die langwierige Entwicklung einer IT Digitalisierungsstrategie, das nach jahrelangem Warten im letzten Herbst vorgestellt und von CDU/Grünen selbst in der Luft zerrissen wurde, ist ein weiterer Beleg dafür, dass hier nichts spürbar voran geht. In den Jahren 2020 bis 2022 wurde der Verwaltung durch den Ausschuss für Digitalisierung sowohl Personal- als auch Finanzmittel an die Hand gegeben, um hier voranzuschreiten, aber geschehen ist defacto nichts. Man hört lediglich vom Verantwortlichen: Wir seien auf einem guten Weg! Und wir alle wissen, wenn man diesen Satz in Velbert hört, dann sollten alle Alarmglocken läuten. Andere Städte auch in NRW haben sich auf den Weg gemacht – bieten zig Verwaltungsdienstleistungen vollautomatisiert an. Bieten Service Büros im Rathaus an, wo alle Termine in einem zentralen Bereich des Rathauses angeboten werden. Nicht der Bürger muss zur „Akte“ sondern die E-Akte kommt zum Bürger. Wenn schon die Bürgerin/der Bürger ins Rathaus muss, dann entfällt dort die dort Sucherei nach irgendwelchen Räumen und Trakten des Rathauses. Hier ist beispielhaft die Stadt Witten zu nennen, die das Konzept in vorbildlicher Weise in den letzten Jahren umgesetzt hat. In Velbert müssen die Velberterinnen und Velberter im Stadtgebiet suchen, an welchen Standort sie müssen, um dann in den Gebäuden den richtigen Ansprechpartner ausfindig zu machen. Als ob das nicht schon schlimm genug wäre, müssen viele seit Jahren durch die Schließung des Kreisservice Centers nach Mettmann fahren. Bürgerservicewüste Velbert.

Es ist an der Zeit, einen neuen zielgerichteten Weg einzuschlagen. Wir fordern eine umfassende Überarbeitung der Digitalisierungsstrategie, die auf echten, benutzerfreundlichen vollautomatisierte Online-Services basiert. Diese müssen transparent, barrierefrei und effizient sein, um den Anforderungen unserer Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Des Weiteren fordern wir die sofortige Offenlegung der Ergebnisse der Prozessanalysen, um Optimierungspotenziale und Automatisierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Nur so kann unsere Verwaltung schneller, effizienter und langfristig kostengünstiger werden.

Stattdessen werden hier ein paar „nette“ Grüne Projekte verwirklicht und dort einige CDU-Wünsche erfüllt. Für mehrere Millionen Euro sollen beispielweise ein paar Lämpchen auf dem Panoramaradweg für mehr Durchblick sorgen. Ob das auch mehr Durchblick an der Stadtspitze und bei den Koalitionären bringt, bleibt abzuwarten.

Kürzlich wurde nun auch das nächste Prestigeobjekt mit dem Naturfreibad in Velbert beschlossen. Kosten: mehrere Millionen Euro plus jährlich bis zu 300.000 Euro zusätzliches Defizit in der Stadtkasse. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ein Naturfreibad ist sicherlich eine schöne Sache. Aber würden Sie, wenn Sie kein Geld haben und bereits zwei Autos besitzen, sich noch ein Cabrio gönnen? Ich nicht! Aber die Koalition hat bereits dafür eine Lösung: Nächstes Jahr, wenn das Naturfreibad gebaut wird, werden zeitgleich wieder Kitagebühren eingeführt. Und die Familien mit Kindern dürfen bezahlen. Das ist familienfreundliche Stadt 2.0. Ich gebe

nur zu bedenken, dass sowohl das Naturfreibad als auch die Modernisierung des Panoramabads mit Fördermitteln realisiert wurden bzw. werden. Wenn also in den nächsten 20 Jahren doch ein Bad geschlossen werden muss, weil die Gäste ausbleiben oder die Stadt völlig pleite ist, dann können diese beiden Bäder nur geschlossen werden, wenn die entsprechenden Fördermittel zurückgezahlt werden.

Anstatt Ressourcen in „nice to have“ Projekte zu verbrennen, müssen wir uns auf die „must haves“ konzentrieren, die unsere Stadt wirklich voranbringen würden.

Das Ganze soll dann auch noch durch spürbare Steuererhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer sowie - wie bereits gesagt - durch die Wiedereinführung von Kindergartengebühren refinanziert werden. Wenn die städtischen Finanzen in Schieflage sind, dann tragen Sie, meine Herren und Damen von Schwarz-Grün, die Verantwortung dafür. Die von Ihnen aktuell gelebte Arroganz der Macht verhindert jegliche Möglichkeit, unsere Ideen überhaupt anzubringen. Dementsprechend können und werden wir keine Verantwortung für diese desolante finanzielle Lage der Stadt und des Haushalts übernehmen.

Meine Damen und Herren, liebe Velberterinnen und Velberter, es ist Zeit für einen dringenden Wechsel. Es ist Zeit für eine transparente, ehrliche und zukunftsorientierte Politik, die das Gesamtwohl unserer Stadt im Fokus hat. Wir können „Velbert Gemeinsam“ zu einer lebenswerten und lebendigen Stadt entwickeln, die nicht nur heute, sondern auch morgen blüht und gedeiht. Aber hierzu brauchen wir eine Politik der Offenheit sowie Beteiligungsmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger – beispielweise auch durch einen Bürgerhaushalt und den Willen, positive Veränderungen voranzubringen.

Nach all der Kritik, die richtig und wichtig ist, hier auch ein paar sehr klare Worte zu der aktuellen Situation: Wenn es um die Verteidigung unserer Demokratie geht, dann sind wir jederzeit bereit mit den demokratischen Kräften in diesem Hause – damit selbstverständlich auch mit CDU und Grünen - Hand in Hand gegen die zu kämpfen, die unsere Gesellschaft spalten und unsere Demokratie abschaffen wollen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.